

Jahresbericht 2001
Finanzbericht



Europäische Bank
für Wiederaufbau und Entwicklung

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) nahm 1991 ihre Geschäftstätigkeit auf. Sie hat das Mandat, den Übergang zur offenen Marktwirtschaft und private und unternehmerische Initiativen in denjenigen Ländern Mittel- und Osteuropas und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zu fördern, die sich für die Prinzipien der Mehrparteiendemokratie, des Pluralismus und der Marktwirtschaft einsetzen und sich von ihnen leiten lassen.

Unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Länder in unterschiedlichen Transformationsphasen ist die EBWE bestrebt, ihre 27 Einsatzländer bei der Durchführung struktureller und sektorbezogener wirtschaftlicher Reformen zu unterstützen sowie den Wettbewerb, die Privatisierung und das Unternehmertum zu fördern. Durch ihre Investitionen unterstützt sie die Tätigkeit des Privatsektors und die Festigung der Finanzinstitute und Rechtssysteme sowie die Entwicklung der Infrastruktur, die der Privatsektor benötigt. Die gesamte Geschäftstätigkeit der Bank ist von den Prinzipien solider Bankarbeit und Investitionstätigkeit bestimmt.

Ihre Rolle als Katalysator des Wandels nimmt die Bank dadurch wahr, dass sie Kofinanzierungen und direkte Auslandsinvestitionen des privaten und öffentlichen Sektors fördert, zur Mobilisierung von Inlandskapital beiträgt und technische Zusammenarbeit in einschlägigen Bereichen anbietet. Sie arbeitet eng mit internationalen Finanzinstitutionen und anderen internationalen und nationalen Organisationen zusammen. In ihrer gesamten Tätigkeit fördert die Bank eine ökologisch verantwortungsbewusste und nachhaltige Entwicklung.

Jahresbericht 2001

Finanzbericht

Inhalt

02 Eckdaten

03 Finanzergebnisse

17 Jahresabschluss

Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz

Ausweis der Veränderungen im Eigenkapital der Mitglieder

Kapitalflussrechnung

Anmerkungen zum Jahresabschluss

37 Zusammenfassung der Sonderfonds

Der Jahresbericht 2001 der EBWE umfasst zwei gesonderte Bände: den Jahresüberblick und den Finanzbericht, zu dem der Jahresabschluss und der Kommentar zu den Finanzergebnissen gehören.

Beide Bände werden in englischer, deutscher, französischer und russischer Sprache veröffentlicht. Sie sind kostenlos erhältlich beim Publications Desk der EBWE:

One Exchange Square
London EC2A 2JN
Vereinigtes Königreich
Tel: +44 20 7338 7553
Fax: +44 20 7338 6102
E-mail: pubsdesk@ebrd.com

Eckdaten

Finanzergebnisse

(Millionen Euro)	2001	2000	1999	1998	1997
Operative Erträge	501,5	519,2	376,4	450,5	346,0
Aufwendungen und Abschreibungen	(206,7)	(192,1)	(172,8)	(158,7)	(152,1)
Operativer Gewinn vor Rückstellungen	294,7	327,1	203,6	291,8	193,8
Rückstellungen für Verluste	(137,6)	(174,3)	(160,9)	(553,1)	(177,7)
Gewinn/(Verlust) für den Zeitraum	157,2	152,8	42,7	(261,2)	16,1
Eingezahltes Kapital	5.197	5.186	5.163	5.084	4.877
Eingegangene Kapitaleinlagen (kumulativ)	4.063	3.769	3.480	3.217	2.949
Rückstellungen und Rücklagen insgesamt	1.713	1.278	1.040	762	508
Aktiva insgesamt	20.947	21.290	19.595	16.047	13.495

Operative Ergebnisse

Jährliche Zusagen	2001	2000	1999	1998	1997
Anzahl der Projekte	102	95	88	96	108
EBWE-Finanzierung (Millionen Euro)	3.656	2.673	2.162	2.373	2.315
Mobilisierung von Mitteln (Millionen Euro)	6.212	5.188	4.862	7.541	4.210

Portfolio (Millionen Euro)¹

Banking-Portfolio	14.160	12.218	10.835	10.182	8.932
Operative Aktiva	8.838	7.563	6.955	5.761	4.580
Produktive Aktiva	8.160	6.805	6.160	5.247	4.393
Mobilisierte Mittel, kumulativ	47.546	41.949	33.964	29.102	22.335

¹ Angaben für 1997-2000 entsprechen den für diese Jahre ausgewiesenen. Spätere Veränderungen, die zum Beispiel auf Wechselkurse, Stornierungen, Syndizierungen oder Restrukturierungen zurückzuführen sind, werden nicht berücksichtigt.

Finanzergebnisse

Für das Jahr 2001 verbuchte die EBWE einen Gewinn nach Rückstellungen in Höhe von 157,2 Millionen Euro, verglichen mit einem Gewinn von 152,8 Millionen Euro für 2000.

Die Zunahme war vor allem auf höhere Nettozinserträge, erhebliche Rückflüsse aus Projekten, die in vorherigen Zeiträumen in Schwierigkeiten geraten waren (insbesondere infolge der Russlandkrise 1998), starke Ergebnisse der Finanzabteilung und eine kontinuierliche Budgetdisziplin zurückzuführen. Im Jahresverlauf konsolidierte die Bank die Neubildung von Rücklagen, die sich von 65,9 Millionen Euro Ende 2000 auf 488,7 Millionen Euro Ende 2001 erhöhten.

Während des Jahres implementierte die EBWE den International Accounting Standard 39 (IAS 39), Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung. Im allgemeinen fordert IAS 39 bei der Rechnungslegung für Finanzinstrumente einen stärkeren Gebrauch des beizulegenden Zeitwerts, als es früher der Fall gewesen war. Der beizulegende Zeitwert ist der Betrag, für den in einer Transaktion zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Partnern ein Vermögenswert ausgetauscht oder eine Verbindlichkeit beglichen werden könnte. Außerdem verlangt IAS 39, dass alle finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, einschließlich aller Derivate, in der Bilanz erfasst werden. Sie sollten anfänglich zu Anschaffungskosten bewertet werden, d. h. dem Marktwert des für den Erwerb des Finanzinstruments gegebenen oder empfangenen Entgelts. Danach sollten alle finanziellen Vermögenswerte zum Marktwert neu bewertet werden. Eine Ausnahme bilden die

beiden Hauptkategorien von Vermögenswerten, die zu Gestehungskosten oder fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich aller Rückstellungen für Wertminderung bilanziert werden: vom Unternehmen ausgereichte Darlehen und Forderungen, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, und finanzielle Vermögenswerte, deren Marktwert nicht zuverlässig bewertet werden kann (Kapitalanlagen mit nicht notiertem Marktkurs). Für die Bank bedeutet dies in der Hauptsache, alle notierten Aktienanlagen und alle Derivate in der Bilanz zum beizulegenden Zeitwert zu erfassen, einschließlich solcher, die vorher im Einklang mit der Behandlung des entsprechenden gesicherten Vermögenswerts bzw. der Verbindlichkeit als Sicherungsgeschäfte verbucht wurden. Eine mehr ins einzelne gehende Zusammenfassung findet sich in Anmerkung 2 des Jahresabschlusses (Wichtige Rechnungslegungsgrundsätze). Im Rahmen der durch IAS 39 vorgelegten Übergangsvorschriften erhöhten sich

die Eröffnungsrücklagen der Bank um 218,4 Millionen Euro. Die daraus folgenden Veränderungen und der Gewinn für das Jahr wirkten sich auf die Rücklagen zum Jahresende aus. Es wird erwartet, dass die Rücklagen aufgrund der Volatilität der Aktienkurse und daher der Veränderungen des Marktzeitwerts in künftigen Jahren schwanken werden.

Die operativen Erträge vor allgemeinen Verwaltungskosten in Höhe von 501,5 Millionen Euro lagen 4 Prozent niedriger als die operativen Ergebnisse des Vorjahres (519,2 Millionen Euro). Höhere Nettozinserträge in 2001 (326,3 Millionen Euro gegenüber 273,3 Millionen Euro in 2000) sowie höhere Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen (38,9 Millionen Euro gegenüber 29,4 Millionen Euro in 2000) waren auf vermehrte Geschäftstätigkeit zurückzuführen. Im Vergleich zum Vorjahr nahmen insbesondere die Nettoauszahlungen um mehr als das Dreifache zu, und die Unterzeichnungen vermehrten sich um mehr als ein Drittel. Daraufhin nahm die Belastung durch allgemeine Portfoliorückstellungen für mögliche Wertminderung von Vermögenswerten, die nicht einzeln definiert sind, fast um das Doppelte zu (136,4 Millionen Euro gegenüber 71,2 Millionen Euro). Der Rückgang im Wert notleidender Darlehen, deren Zinsen aus der Gewinn- und Verlustrechnung ausgeschlossen sind, setzte sich 2001 mit der Restrukturierung mehrerer Projekte und einer darauf folgenden positiven Auswirkung auf die Zinserträge fort. Zum 31. Dezember 2001 hatte die Bank 31 Darlehen dieser Art im Gesamtwert von 327,4 Millionen Euro, verglichen mit 32 Darlehen im Gesamtwert von 439,3 Millionen Euro Ende 2000. 47 Prozent bzw. 153,0 Millionen Euro entfielen auf das russische Portfolio (2000: 68 Prozent bzw. 299,6 Millionen Euro).

Erfolgreiche Restrukturierungen im Verein mit einer allgemein verbesserten Performanz des Portfolios waren die Hauptgründe für die erheblich niedrigeren Sonderrückstellungen, die für die Wertminderung definierter Vermögenswerte im Jahresverlauf erforderlich waren. Die sich ergebende Nettobelastung von 1,1 Millionen Euro steht einer Vergleichsbelastung von 103,2 Millionen Euro für das Jahr 2000 gegenüber.

Nach der vollständigen Zuweisung von Aufwendungen, Rückstellungen und Rendite auf eingezahltes Kapital (netto) erzielte die Geschäftstätigkeit des Bereichs Banking einen Nettogewinn von 65,9 Millionen Euro (2000: 79,1 Millionen Euro). Die meisten Ertragsbereiche erzielten bessere Ergebnisse als 2000, dagegen ist die 17-prozentige Abnahme des Nettogewinns auf den niedrigeren Gewinn aus der Veräußerung von Aktienanlagen zurückzuführen, der sich – wie erwartet – 2001 auf insgesamt 89,3 Millionen Euro belief (2000: 166,8 Millionen Euro). Dies unterstreicht die Veränderlichkeit dieses Ertragspostens und die vermehrte Volatilität der Aktienmärkte. Die Finanzabteilung hat ein weiteres profitables Jahr hinter sich und konnte ihren Nettogewinn nach vollständiger Zuweisung von Aufwendungen, Rückstellungen und Rendite auf eingezahltes Kapital (netto) durch die Nutzung attraktiver Finanzierungsmöglichkeiten sowie durch gute Ergebnisse aus höheren Anlagevolumina auf 91,3 Millionen Euro erhöhen (Gewinn für 2000: 73,7 Millionen Euro).

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen hielten sich in den Grenzen des Budgets, was auf kontinuierliche Budgetdisziplin und effektive Kostenkontrolle zurückzuführen war. Sie lagen mit 206,7 Millionen Euro 14,6 Millionen Euro über dem Vorjahresniveau (2000: 192,1 Millionen Euro).

Die gesamten Rückstellungen für die Tätigkeit des Bereichs Banking beliefen sich Ende 2001 auf 1,22 Milliarden Euro, verglichen mit 1,19 Milliarden Euro Ende 2000. Dies entsprach 13,9 Prozent der ausgezahlten Darlehen und Kapitalanlagen (2000: 15,8 Prozent) und bezeugt die Entschlossenheit der EBWE, bestehende und voraussichtliche Risiken auf der Grundlage einer laufenden Bewertung des Portfolios und der damit verbundenen inhärenten Risiken sorgfältig abzufedern. Etwa 31 Prozent der Gesamtrückstellungen entfielen auf Rückstellungen in Verbindung mit der Geschäftstätigkeit in Russland (2000: 37 Prozent); nichtstaatliche Rückstellungen entsprachen 27 Prozent der nichtstaatlichen in diesem Land in Anspruch genommenen ausgezahlten Beträge (2000: 34 Prozent).

Geschäftstätigkeit des Bereichs Banking

Portfolio

Das Neugeschäft erreichte 2001 ein Volumen von 3,66 Milliarden Euro für 102 Projekte. Dies ist das höchste Niveau jährlicher Zusagen, die die EBWE bisher unterzeichnet hat, und bedeutet eine Zunahme von 37 Prozent gegenüber dem im Jahr 2000 ausgewiesenen Wert (2,7 Milliarden Euro für 95 Projekte). 18 Prozent des Neugeschäftsvolumens entfielen auf Kapitalanlagen und mit Eigenkapital verbundene Produkte. Der Anteil des Privatsektors am Geschäftsvolumen lag bei 76 Prozent. Zum Neugeschäft gehörten restrukturierte Projekte im Wert von 97 Millionen Euro.

Das kumulative Nettogeschäftsvolumen erreichte Ende 2001 in den Einsatzländern der EBWE insgesamt die Höhe von 20,2 Milliarden Euro (2000: 16,6 Milliarden Euro). Dies repräsentiert einen Gesamtprojektwert (einschließlich Kofinanzierungen) von 67,8 Milliarden Euro (2000: 58,5 Milliarden Euro). Das Portfolio der ausstehenden Nettozusagen der Bank stieg von 12,2 Milliarden Euro Ende 2000 auf 14,2 Milliarden Euro Ende 2001, eine Zunahme von 16 Prozent.

Der Vorrat von Projekten im Entwicklungsstadium wurde 2001 infolge der Bewilligung von 111 Projekten durch das Direktorium gestärkt. Diese bestanden aus Darlehen und Kapitalanlagen durch die Bank im Gesamtwert von 3,7 Milliarden Euro, verglichen mit 107 Projekten im Gesamtwert von 3,6 Milliarden Euro im Jahr 2000. Die Anzahl der Direktoriumsbeurteilungen im Jahr 2001 erreichte den bisher zweithöchsten Wert. Ende 2001 beliefen sich die kumulativen Bewilligungen, abzüglich Stornierungen, auf 24,1 Milliarden Euro (2000: 20,2 Milliarden Euro). Der Gesamtprojektwert der kumulativen Direktoriumsbeurteilungen erreichte den Wert von 80,6 Milliarden Euro, verglichen mit 70,6 Milliarden Euro zum 31. Dezember 2000.

Bruttoauszahlungen betrugen 2001 insgesamt 2,4 Milliarden Euro, gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 67 Prozent. Das bedeutet die höchsten jährlichen Bruttoauszahlungen, die die Bank bisher erreicht hat. Die operativen Vermögenswerte beliefen sich Ende 2001 auf 8,8 Milliarden Euro (2000: 7,6 Milliarden Euro); sie umfassen ausgezahlte Darlehen in Höhe von 6,7 Milliarden Euro und ausgezahlte Kapitalanlagen in Höhe von 2,1 Milliarden Euro.

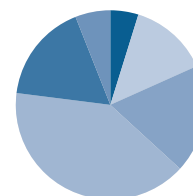
Risiken

Interne Bewertungsverfahren

Aufgrund der mit vielen Einsatzländern verbundenen hohen Kreditrisiken führt die EBWE regelmäßig Überprüfungen einzelner Engagements in ihrem Portfolio durch. Alle noch nicht abgeschlossenen Projekte werden mindestens zweimal jährlich offiziell durch die Abteilung Risikomanagement überprüft. Diejenigen, bei denen ein Zahlungsverzug für wahrscheinlicher gehalten wird, werden häufiger überprüft. Jährliche Überprüfungen für Engagements im Privatsektor werden auch nach Abschluss des Projekts fortgesetzt. Jede Überprüfung schließt eine Beurteilung der Projektrisikobewertung ein, für Projekte mit unzureichenden Ergebnissen zählt dazu auch die Höhe der entsprechenden Sonderrückstellungen. Die Kontrolle der Auszahlungen obliegt der Abteilung Projektverwaltung im Risikomanagement, die dafür zuständig ist, dass vor der Auszahlung die Einhaltung der Projektbedingungen gewährleistet ist. Außerdem stellt sie sicher, dass die korrekten Abläufe entsprechend den bestätigten Grundsätzen eingehalten und das Portfolio auf die Diversifizierung nach Ländern und Sektoren überprüft wird. Gefährdete Investitionen werden der Firmensanierungsstelle übertragen, die sowohl Risikomanagement als auch Banking unterstellt ist. Diese leitet in Fällen, wo wahrscheinlich positive Ergebnisse erreicht werden können, den Restrukturierungsprozess.

Kreditqualität des Banking-Portfolios

31. Dezember 2001

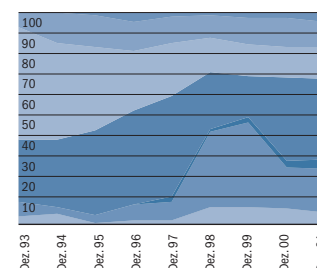


Risikoklassifizierung

1, 2, 3	4,8 %
4	13,5 %
5	18,5 %
6	40,2 %
6W, 7	17,0 %
8, 9, 10	6,0 %

Gesamtprofil der Risikoeinstufung des Darlehens-, Garantie- und Kapitalanlageportfolios über den Zeitraum, nach gezeichneten Beträgen

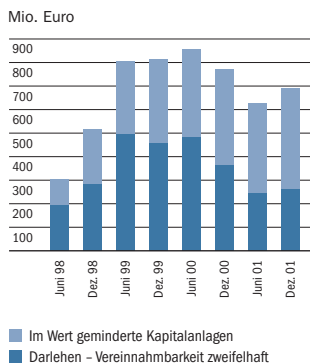
Prozent des Gesamtportfolios



Risikoklassifizierung

1, 2, 3
4
5
6
6W
7
8, 9, 10

Im Wert geminderte Vermögenswerte



Allen Projekten und Einsatzländern werden nach einer internen Skala Kreditrisikobewertungen zugeordnet, die von 1 (niedriges Risiko) bis 10 (höchstes Risiko) reicht. Die Bank bewertet die Risiken nach drei Kriterien: Projekt, Land und allgemein. Die Projektrisikobewertung ergibt sich aus der finanziellen Stärke des Kunden und der in die Projektstruktur eingebauten Risikoabfederung. Die Länderrisikobewertung wird intern für Projekte im Privatsektor vorgenommen, wobei die von externen Rating-Agenturen erteilten Bewertungen berücksichtigt werden. Die allgemeine Risikobewertung ist die jeweils schlechtere Bewertung von Projekt oder Land. Eine Ausnahme besteht für nichtstaatliche Transaktionen dort, wo die Bank Rückgriff auf eine uneingeschränkte Garantie des Trägers hat. In diesem Fall entspricht die allgemeine Bewertung der Länderbewertung. Für staatliche Risikoprojekte entspricht die allgemeine Bewertung der Länderbewertung. Für das ordnungsgemäß bediente Portfolio werden nach einer Matrix, die externe Verlustindikatoren, Erfahrungen der EBWE sowie Projekt-, Sektor- und Länderrisiken widerspiegelt, allgemeine Portfoliorückstellungen vorgenommen.

Im Hinblick auf die Märkte, in denen die Bank tätig ist, und auf ihr Transformationsmandat rechnet die EBWE damit, dass die Mehrzahl ihrer Projektbewertungen unter normalen Umständen zum Zeitpunkt der Bewilligung auf die Risikokategorien 4 bis 6 entfallen (die in etwa den Standard & Poor's Ratings BBB bis B entsprechen). Wie das Schaubild auf Seite 5 zeigt, entfielen zum Jahresende 2001 72 Prozent des Darlehens- und Anlageportfolios auf die Risikobewertungen 4 bis 6.

Das Portfolio der EBWE zeigte 2001 weitere Verbesserungen, die auf die konjunkturelle Erholung Russlands zurückzuführen sind, die sich positiv auf viele andere nationale Volkswirtschaften auswirkte. Diese Tendenz zur allgemeinen Besserung führte zu einer Anzahl von höheren Einstufungen der Kreditbewertungen von Einsatzländern durch die unabhängigen Rating-Agenturen. Die Abnahme des Risikoportfolios (Darlehen und Kapitalanlagen der Risikokategorien 7 bis 10), das infolge der Russlandkrise 1998 rasch gewachsen war, setzte sich fort. Im zweiten Jahr in Folge gab es eine erhebliche Abnahme der Vermögenswerte mit Wertminderung. Die notleidenden Darlehen gingen im Jahresverlauf von 363,8 Millionen Euro auf 258,0 Millionen Euro zurück. Bei der absoluten Höhe der Eigenkapitalposten mit Wertminderung gab es eine leichte Zunahme von 303,3 Millionen Euro auf 316,8 Millionen Euro, dies bedeutete aber eine Abnahme im Anteil des zunehmenden Eigenkapitalportfolios, das im Wert gemindert war.

Der prozentuale Anteil des mit 4, 5 oder 6 bewerteten Portfolios stieg von 68 Prozent im Vorjahr auf 72 Prozent. Der Anteil des Portfolios in den schwächeren Performanzkategorien 6W bis 10 fiel von 30 Prozent auf 23 Prozent.

Im Wert geminderte Vermögenswerte

Ist die Vereinnehmbarkeit zweifelhaft, wird die Wertminderung, d.h. die Differenz zwischen dem Buchwert des Darlehens und dem Nettobarwert seines erwarteten künftigen Cash-flows in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Obwohl Projekte jedes halbe Jahr auf Wertminderung überprüft werden, können bestimmte andere Vorfälle diesen Prozess früher auslösen, zum Beispiel, wenn Tilgungs- oder Zinszahlungen für nichtstaatliche Engagements 60 Tage und für staatliche Engagements 180 Tage überfällig sind. Zu diesem Zeitpunkt wird die künftige Vereinnehmbarkeit eingeschätzt und

alle notwendigen Sonderrückstellungen vorgenommen. Als im Wert gemindertes Eigenkapital werden alle Kapitalanlagen betrachtet, für die Sonderrückstellungen vorgenommen wurden.

Das Schaubild auf Seite 6 zeigt die historische Entwicklung der im Wert geminderten Vermögenswerte der Bank.

Die Wertminderung von Vermögenswerten erreichte Mitte 2000 ihren Höhepunkt, in der Hauptsache aufgrund der Nachwirkungen der Russlandkrise von 1998. Seitdem ist die Höhe der im Wert geminderten Vermögenswerte durch die Verbesserung einiger Projekte, erfolgreiche Restrukturierungen und einige Abschreibungen zum 31. Dezember 2001 auf den Wert von 7,7 Prozent der operativen Vermögenswerte gesunken, verglichen mit 10 Prozent am 31. Dezember 2000.

Performanz

Die Geschäftstätigkeit des Bereichs Banking konnte nach Rückstellungen mit vollständigen Zuweisungen für 2001 einen Reingewinn von 65,9 Millionen Euro verbuchen, verglichen mit einem Reingewinn von 79,1 Millionen Euro auf gleicher Grundlage im Jahr 2000. Die operativen Erträge in Höhe von 393,5 Millionen Euro aus dem Bankinggeschäft lagen 2001 7 Prozent unter dem 2000 erreichten Betrag von 423,0 Millionen Euro. Die Nettozinserträge waren 2001 45,8 Millionen Euro höher und die Gebühren- und Provisionserträge (netto) 9,5 Millionen Euro höher als 2000, aber der Beitrag aus dem Eigenkapitalsektor des Portfolios ging 2001, wie erwartet, aufgrund der Volatilität der Aktienmärkte zurück. Dividendenerträge beliefen sich 2001 auf 20,7 Millionen Euro, verglichen mit 28,1 Millionen Euro in 2000. Nettogewinne aus der Veräußerung von Aktienanlagen beliefen

sich 2001 auf insgesamt 89,3 Millionen Euro, verglichen mit 166,8 Millionen Euro in 2000. Es wird erwartet, dass der Beitrag aus diesem Sektor des Portfolios zur Gewinn- und Verlustrechnung von Jahr zu Jahr erheblichen Schwankungen unterliegt, da er vom Zeitpunkt der Beteiligungsveräußerungen abhängt. Diese sind mit dem Abschluss der Übergangsrolle der Bank in dem spezifischen Projekt und mit der Möglichkeit verbunden, im Markt oder anderswo einen Verkauf ihrer Anteile zu erreichen. Veräußerungen werden wahrscheinlich zunehmen, da das wachsende Aktienportfolio weiterhin reift, aber es ist schwierig, die möglichen Termine und die Einkünfte aus solchen Veräußerungen vorauszusagen.

Geschäftstätigkeit der Finanzabteilung

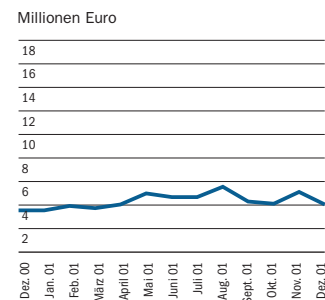
Portfolio

Die von der Finanzabteilung verwalteten Vermögenswerte beliefen sich zum 31. Dezember 2001 auf 10,9 Milliarden Euro (2000: 12,4 Milliarden Euro). Sie umfassten Schuldtitel im Wert von 7,2 Milliarden Euro, besicherte Platzierungen in Höhe von 2,9 Milliarden Euro sowie Platzierungen bei Kreditinstituten (einschließlich Rückkaufvereinbarungen) im Wert von 781,4 Millionen Euro.

Ende 2001 wurden etwa 4 Prozent der Vermögenswerte der Finanzabteilung von insgesamt 11 externen Vermögensverwaltern geführt. Die extern verwalteten Portfolios umfassten einen finanzierten und nominellen Betrag von 408,9 Millionen Euro eines auf Euro lautenden Zinstauschprogramms¹ und von 405,8 Millionen Euro eines auf US-Dollar lautenden hypothekengesicherten Wertpapierprogramms. Die Mittel werden von unabhängigen Managern verwaltet,

Gesamter VaR – allgemeines Limit 18 Mio. Euro

Unter Ausschluss der Spannen bei der Mittelbereitstellung, keine Auswirkungen der Diversifizierung (10 Börsentage, Zuverlässigkeitsniveau 99 %, Angaben BIZ-kompatibel)



¹ In dem Europrogramm werden Managern nominelle Beträge für die Eröffnung einer Zinsposition zugewiesen, jedoch nicht die aktuellen Barmittel.

um spezialisierte Dienstleistungen und Investmenttechniken in Anspruch nehmen und Maßstäbe für die Performanz einer Drittpartei festlegen zu können. Die unabhängigen Verwalter müssen die gleichen Investitionsrichtlinien befolgen, die die Bank bei ihren intern verwalteten Mitteln anwendet.

Risiken

Zu Überwachungszwecken unterscheidet die Bank zwischen Marktrisiko, Kreditrisiko und operativem Risiko sowie Liquiditätsrisiko und Erfüllungsrisiko².

Marktrisiko

Das Marktrisiko ist der potenzielle Verlust, der sich aus widrigen Marktveränderungen ergeben könnte. Laut der betreffenden Marktfaktoren wird das Marktrisiko eingeteilt in (i) Zinsänderungsrisiko, (ii) Währungsrisiko, (iii) Aktien- und (iv) Rohstoffpreisrisiko. Die letzten beiden sind für die Tätigkeit der Finanzabteilung der Bank nicht relevant, und das Währungsrisiko hielt sich bisher in Grenzen. *Zinsänderungsrisiken* werden weiter unterteilt in das Ertragskurvenrisiko, das die Auswirkung von Veränderungen in der Form der Ertragskurve auf eine gegebene Währung misst, und das Volatilitätsrisiko, das mit Risiken zu tun hat, die spezifisch für Zinsoptionstransaktionen sind. Das Ertragskurvenrisiko wiederum kann in Veränderungen in der allgemeinen Höhe der Zinssätze (einer Parallelverschiebung der gesamten Ertragskurve) und in Veränderungen der Neigung oder der Form der Ertragskurve eingeteilt werden. Für *Währungsrisiken* wird ebenfalls ein Unterschied gemacht zwischen den Risiken, die sich aus Änderungen der Wechselkurse ergeben und den Devisenoptionen innewohnenden Risiken.

Zum 31. Dezember 2001 belief sich der gesamte Risikowert (*Value-at-Risk/VaR*) des Portfolios der Finanzabteilung der Bank, errechnet mit Bezug auf ein Zuverlässigkeitsniveau von 99 Prozent über einen Börsenzeitraum von zehn Tagen, auf 3,9 Millionen Euro³ (2000: 3,3 Millionen Euro), eine gemäßigte Jahreszunahme.

Diese Zahlen und die mittlere Inanspruchnahme im Jahresverlauf deuten im Vergleich mit dem vom Direktorium bewilligten VaR-Limit für die Vollmacht der Finanzabteilung, die sich ausgedrückt in denselben Größen (Zuverlässigkeitsniveau 99 Prozent, Börsenzeitraum von 10 Tagen) auf 18,0 Millionen Euro beläuft, auf eine bescheidene Beanspruchung des Gesamt-VaR-Limits für alle – ob intern oder extern verwalteten – Mittel der Finanzabteilung hin.

Der VaR des intern verwalteten Portfolios betrug Ende 2001 1,3 Millionen Euro (2000: 1,6 Millionen Euro). Die Schwankungsbreite lag im Jahresverlauf zwischen 0,5 Millionen Euro und 2,6 Millionen Euro und war der in den Vorjahren beobachteten ähnlich. Der Umfang des intern verwalteten Portfolios, auf die sich diese Angaben beziehen, betrug am 31. Dezember 2001 10,2 Milliarden Euro (2000: 10,7 Milliarden Euro).

Zusätzlich zeigten die in den extern verwalteten Portfolios entstandenen Marktrisiken zum Jahresende einen VaR von 0,4 Millionen Euro (2000: 0,6 Millionen Euro) für das auf Euro lautende Programm und von 2,2 Millionen Euro (2000: 2,4 Millionen Euro) für das auf US-Dollar lautende Programm⁴. Der Nettovermögenswert dieser extern verwalteten Portfolios betrug zum 31. Dezember 2001 49,9 Millionen Euro bzw. 405,8 Millionen Euro.

Der spezifische Beitrag des Währungsrisikos zum Gesamt-VaR betrug zum Jahresende 0,6 Millionen Euro. Wie in früheren Jahren war dieser Beitrag 2001 jederzeit recht begrenzt und ging nie über 1,7 Millionen Euro hinaus. Daher bildeten die Zinsoptionspositionen den größten Teil der Marktrisikoengagements der Bank. Zinsoptionspositionen blieben während des gesamten Jahres zurückhaltend, d. h. es gab zu allen Zeiten sehr wenig Konvexität und Sensibilität gegenüber Zinsschwankungen, während Währungsoptionen selten genutzt wurden. Der den Optionspositionen zuzuschreibende Anteil des Gesamt-VaRs der Bank blieb während des ganzen Jahres minimal.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko ist der potenzielle Verlust für ein Portfolio, der sich aus dem Verzug einer Gegenpartei oder der Verschlechterung ihrer Kreditwürdigkeit, zum Beispiel durch die Herabstufung durch eine Rating-Agentur, während der Laufzeit der mit dieser Gegenpartei am längsten laufenden Transaktion ergibt. Genauer gesagt, kann man dieses Risiko im Gegensatz zum Erfüllungsrisiko, das sich erst bei Fälligkeit der Transaktion ergibt, als *Vor-Erfüllungsrisiko* bezeichnen. Ein Sonderfall sind potenzielle Verluste aufgrund von Herabstufungen oder, allgemeiner, allen Veränderungen in der relativen Kreditqualität von Wertpapieren, die häufig auch als *Spannenrisiko* oder *Kreditspannenrisiko* (d. h. Risiken, die der Sicherung einer als Kaufposition erworbenen Unternehmensanleihe durch eine Leerkaufposition in Staatsanleihen innewohnen) bezeichnet wird. Überwacht wird auch das *Konzentrationsrisiko*, das daraus entsteht, dass ein zu hoher Anteil des Portfolios auf ein spezifisches Land, einen spezifischen Industriesektor, Schuldner, eine spezifische Instrumentenart oder Einzeltransaktion entfällt.

² Das Erfüllungsrisiko entsteht aufgrund eines Kreditvorfalls, der die Gegenpartei betrifft, seine Abfederung hängt jedoch sehr von der Fähigkeit ab, eine ausgehende Zahlung oder Übertragung mit minimaler Vorwarnung aufzuhalten. Das Liquiditätsrisiko ergibt sich vor allem in Fällen von Marktstörungen, die wiederum durch einen Zusammenbruch des branchenweiten Zahlungsverkehrssystems verursacht werden könnten.

³ Das bedeutet, dass es mit einer Wahrscheinlichkeit von einem Prozent möglich war, dass die Bank über einen Zeitraum von 10 Börsentagen aufgrund niedriger Zins- und Wechselkursänderungen einen Verlust von mindestens 3,9 Millionen Euro erleidet.

⁴ Der VaR des auf US-Dollar lautenden Programms wird durch einen Informationsdienst für externe Risiken berechnet.

Das Liquiditätsrisiko entsteht aus der Unfähigkeit, kurzfristige Barmittelerfordernisse zu befriedigen, aus Schwierigkeiten beim Zugang zu Kapitalmärkten für langfristige Finanzierungen, oder aus der Unfähigkeit, Positionen rechtzeitig und ohne negative Auswirkung auf den Marktkurs glattzustellen. Theoretisch kann es sich auch ergeben, wenn überschüssige Liquidität unter Marktkursen investiert werden muss. Das Erfüllungsrisiko ergibt sich bei Transaktionen, bei denen es um die Zahlung bzw. Lieferung von Barmitteln bzw. Wertpapieren durch beide Parteien einer Transaktion geht, wo kein Erfüllungsmechanismus besteht, um sicherzustellen, dass jeder Transfer unter dem Vorbehalt stattfindet, dass gleichzeitig der Gegentransfer erfolgt. Das Risiko wird Realität, wenn die Gegenpartei genau dann zahlungsunfähig wird, wenn eine Transaktion glattgestellt wird – also nachdem der abgehende Transfer erfolgt und bevor ein Transfer eingegangen ist.

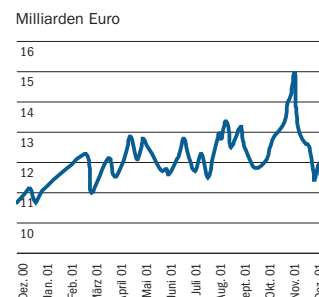
Das Risikomanagement vergibt interne Kreditbewertungen, die unter Bezug auf verfügbare Bewertungen durch zugelassene Kredit-Rating-Agenturen und auf die interne Einschätzung der Kreditwürdigkeit von Gegenparteien festgelegt werden. Die interne Kreditbewertungsskala reicht wie die für die Engagements des Bereichs Banking von 1 bis 10. Die vom Direktorium bewilligte Vollmacht der Finanzabteilung legt die minimale Bewertung und die maximale Laufzeit nach der Art der in Frage kommenden Gegenpartei fest. Die einzelnen Gegenparteien tatsächlich zugestandene Laufzeit kann kürzer sein; dies hängt ab von der wahrscheinlichen mittelfristigen Entwicklungsrichtung ihrer Kreditqualität oder von Sektorbedingungen. Alle Kreditlinien einzelner Gegenparteien werden vom Risikomanagement in regelmäßigen Abständen erfasst, überwacht und überprüft.

Das allgemeine Kreditrisiko der Finanzabteilung, definiert als die Gesamtnutzung von Kreditlimits in allen Ländern und von allen Gegenparteien sowie in Form aller Instrumente unterliegt einer in den Richtlinien der Finanzabteilung festgelegten Obergrenze. Darüber hinaus gelten allgemeine Kreditrisikobegrenzungen für durch Vermögenswerte besicherte Wertpapiere (ABS) und für Kreditderivate. Außerdem gibt es Begrenzungen für hohe Engagements und Diversifizierungswarnungen sowie eine Sonderüberwachung von Gegenparteien, mit denen die Bank ihre größten Engagements eingegangen ist. Insbesondere achtet die Bank darauf, die mit Freiverkehrsderivaten und Devisengeschäften verbundenen Risiken möglichst klein zu halten. Dies bedeutet, dass die entsprechenden Unterlagen vor dem Handelsgeschäft vorliegen müssen, unter anderem die Rahmenvereinbarungen, Klauseln in Verbindung mit der Auflösung nach Herabstufung der Kreditwürdigkeit, unilaterale Kündigungsklauseln für langlaufende Transaktionen und Besicherungsvereinbarungen.

Das Kreditengagement der Finanzabteilung erhöhte sich im Verlauf des Jahres 2001 um 10,5 Prozent und erreichte zum 31. Dezember 2001 die Summe von 12,0 Milliarden Euro (2000: 10,8 Milliarden Euro).

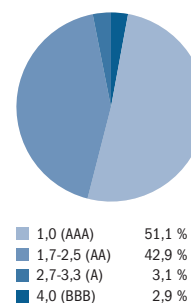
Trotz der Ereignisse des 11. September 2001 und des globalen Wirtschaftsabschwungs blieb die allgemeine Qualität des Kreditengagements der Finanzabteilung hoch. Zum Jahresende 2001 war die gewichtete mittlere Kreditrisikobewertung sogar von 1,65 im Vorjahr auf 1,60 gestiegen (auf der internen Bewertungsskala der Bank vergleichbar mit einem externen Rating etwas über AA+/Aa1). Alle Engagements waren von erstklassiger Qualität; nur die staatsnahen Engagements in Korea waren auf der internen Skala unter 3,3 eingestuft (vergleichbar mit A-/A3).

Entwicklung des allgemeinen Kreditengagements der Finanzabteilung in 2001



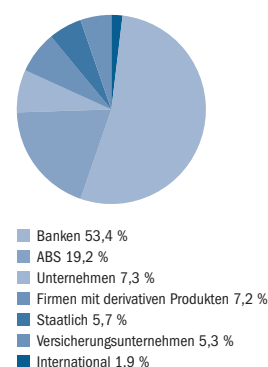
Profil der Kreditqualität des Portfolios der Finanzabteilung

31. Dezember 2001



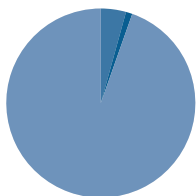
Engagement nach Gegenpartei

31. Dezember 2001



Engagements mit Freiverkehrsderivaten und Devisenengagements¹

31. Dezember 2001



■ Mit Rahmenvereinbarung (MA) und Kreditabsicherungsklausel (CSA) 94,6 %
 ■ Nur mit MA 4,3 %
 ■ Ohne MA 1,1 %

¹ Prozentzahlen beziehen sich auf den täglich neu bewerteten Bruttowert des Kreditengagements.

Das Kreditrisikoengagement des Portfolios war über 24 Länder gestreut, wobei zum 31. Dezember 2001 nicht mehr als 8 Prozent des Risikos in einem Land konzentriert waren. Ausnahmen waren die Vereinigten Staaten von Amerika mit 37,5 Prozent (2000: 38,1 Prozent) und Deutschland mit 10,6 Prozent (2000: 8,2 Prozent).

Nahezu drei Viertel des allgemeinen Risikoengagements entfiel auf Banken (53,4 Prozent) oder auf hoch eingestufte durch Vermögenswerte besicherte Wertpapiere (19,2 Prozent).

Es gibt weiterhin aktive Bemühungen um Abfederungsmechanismen für das Kreditrisiko, insbesondere in den Bereichen der Transaktionen mit Freiverkehrsderivaten und Devisentransaktionen. Ende 2001 wurden 94,6 Prozent der Bruttokreditengagements mit Freiverkehrsderivaten und Devisentransaktionen mit Gegenparteien ausgehandelt, mit denen sowohl Rahmenvereinbarungen (*Master Agreement/MA*) als auch Kreditabsicherungsklauseln (*Credit Support Annex/CSA*) abgeschlossen waren. Auf Grund dessen entfielen am Jahresende 2001 99,7 Prozent der gesamten Freiverkehrsderivat- und Devisenengagements auf Transaktionen mit Gegenparteien, die entweder selbst besichert oder als AAA- eingestuft oder – in vielen Fällen – sowohl besichert als auch AAA- eingestuft waren.

Operatives Risiko

Das operative Risiko für Transaktionen der Finanzabteilung wird definiert als Risiko, das weder ein Markt- noch ein Kreditrisiko ist, genauer gesagt, deckt es alle Situationen ab, in denen Kontrollen, Systeme oder Abläufe zusammenbrechen und Verluste verursachen.

Bis weitere Fortschritte bei den Quantifizierungsverfahren in der gesamten Branche erreicht werden, legt das Management der operativen Risiken in der Finanzabteilung der EBWE das Gewicht weiterhin eher auf Risikoüberwachung und -abfederung als auf die Bewertung des operativen Risikos.

Die Indikatoren für das operative Risiko sind ausführlich überprüft worden. Infolgedessen wurde ihr Format abgeändert und ihr Anwendungsbereich stark ausgeweitet, um eine umfassende und regelmäßige offizielle Überprüfung durch das Management zu ermöglichen. Über jene hinaus, die mit Transaktionsverfahrensfragen zu tun haben, beziehen die Indikatoren jetzt insbesondere auch eine Vielzahl von weiteren Unterkategorien des operativen Risikos ein – vom mit menschlichem Fehlverhalten verbundenen Risiko bis zum Modellrisiko. Dadurch wird die Erarbeitung von Risikokarten ergänzt, die regelmäßig vom externen Wirtschaftsprüfer der Bank angefertigt und dem Finanzprüfungsausschuss des Direktoriums zur Erörterung vorgelegt werden.

Durch die Abfederung von operativen Risiken wird sichergestellt, dass das Prinzip der Abgrenzung von Zuständigkeiten in allen Phasen der täglichen Bearbeitung von Transaktionen eingehalten wird. Darüber hinaus konzentriert sie sich nach wie vor auf die Systementwicklung. Nach der im letzten Jahr erfolgten Überprüfung aller strategischen Systeme wurde mit einer Auswechslung der Abwicklungs- und Hauptbuchsysteme der Bank sowohl für Transaktionen der Finanzabteilung als auch die Geschäftstätigkeit des Bereichs Banking begonnen, die in 2002 abgeschlossen werden soll. Auch die vollständige Modernisierung der Kreditrisikosysteme für das Management der Engagements der Finanzabteilung steht kurz vor dem Abschluss.

Ergebnisse

Die Finanzabteilung erzielte in 2001 mit einem Gewinn in Höhe von 91,3 Millionen Euro nach Rückstellungen (2000: 73,7 Millionen Euro) wieder überzeugende Ergebnisse. Die Zunahme ist vor allem auf verbesserte Spannerträge aus dem Anlageportfolio der Finanzabteilung zurückzuführen, wo finanzielle Vermögenswerte unter schwankenden Marktbedingungen zu einmalig breiten Spannen bereitgestellt wurden.

Finanzierung

Kapital

Das eingezahlte Kapital belief sich zum 31. Dezember 2001 und zum 31. Dezember 2000 auf insgesamt 5,2 Milliarden Euro. Bis auf drei haben alle Mitglieder inzwischen die Kapitalerhöhung unterzeichnet und Zeichnungsurkunden für 986.975 Anteile hinterlegt (2000: 982.300). Damit steigt die Zahl der gezeichneten Anteile der EBWE auf etwa 2,0 Millionen Euro. Die vierte Rate der Kapitalerhöhung wurde im April 2001 fällig, und das eingegangene eingezahlte Kapital erhöhte sich auf 4,1 Milliarden Euro, verglichen mit 3,8 Milliarden Euro zum Jahresende 2000.

Überfälliges Kapital in Form von Barmitteln und Schuldscheinen belief sich Ende 2001 auf 31,1 Millionen Euro (2000: 24,6 Millionen Euro). Weitere Einlösungen hinterlegter Schuldscheine im Umfang von 9,1 Millionen Euro (2000: 6,4 Millionen Euro) sind ebenfalls überfällig. Von den insgesamt überfälligen 40,2 Millionen Euro stehen 28,7 Millionen Euro in Zusammenhang mit der Kapitalerhöhung.

Kapitalausstattung

Das ursprüngliche genehmigte Stammkapital der Bank betrug 10,0 Milliarden Euro. Durch die am 15. April 1996 angenommene Resolution Nr. 59 bewilligte der Gouverneursrat eine Verdoppelung des genehmigten Stammkapitals der Bank auf 20 Milliarden Euro. Die Erhöhung versetzte die Bank in die Lage, ihre operative Strategie weiterhin nachhaltig umzusetzen.

Bei der Kapitalverwendung lässt sich die EBWE durch ihre Satzung und finanzpolitische Parameter leiten. Laut Artikel 12 des Übereinkommens ist der von der Bank ausgezahlte Gesamtbetrag der ausstehenden Darlehen, Kapitalanlagen und Garantien in ihren Einsatzländern auf den Gesamtbetrag des unverminderten gezeichneten Kapitals, der Rücklagen und Überschüsse der Bank begrenzt. Damit wird ein Verschuldungsgrad von 1:1 festgelegt. Laut Artikel 12 wird außerdem der Gesamtbetrag der ausgezahlten Kapitalbeteiligungen auf den Gesamtbetrag des unverminderten eingezahlten gezeichneten Kapitals, der Überschüsse und der allgemeinen Rücklage der Bank begrenzt.

In Übereinstimmung mit dem Ziel der Kapitalerhaltung überprüft die EBWE regelmäßig ihre historische und vorhergesagte Kapitalausstattung. Dabei wendet sie eine Reihe verschiedener Messgrößen an, darunter ihre satzungsgemäße Spielraumbegrenzung (d.h. der der Bank für die Zusage neuer Darlehen, Kapitalanlagen und Garantien zur Verfügung stehende Betrag, bevor sie die Grenze ihres Verschuldungsgrades von 1:1 erreicht) und ihr eigenes Risikokapitalmodell, das zwischen Fremd- und Eigenkapitalrisiken sowie staatlichen und nichtstaatlichen Risiken unterscheidet. In Übereinstimmung mit den Bestimmungen von Artikel 5.3 des Übereinkommens hat die Bank im Verlauf des Jahres 2001 eine Überprüfung ihres Stammkapitals durchgeführt.

Diese zweite Überprüfung der Kapitalressourcen umfasste eine Überprüfung der Auswirkung auf den Transformationsprozess und der operativen Tätigkeit der Bank, eine Einschätzung der wirtschaftlichen Aussichten und der Herausforderungen der Transformation in der Region, die Erarbeitung der mittelfristigen Strategie und Ziele der Portfolioentwicklung bis 2005 sowie eine eingehende Analyse der vorhergesagten künftigen Finanzergebnisse und Kapitalausstattung der Bank. Die traditionelle Spielraumbemessung für die Kapitalausstattung wurde überprüft und außerdem um eine risikobasierte Analyse unter Anwendung des eigenen Risikokapitalmodells der Bank erweitert. Die Analyse der Kapitalausstattung zeigte, dass das Kapital der Bank hinreichen sollte, um ihre Ziele in Verbindung mit der mittelfristigen Portfolioentwicklung im Rahmen der Risikoansätze und Finanzannahmen der Überprüfung der Kapitalressourcen zu erreichen. Die Analyse der künftigen Finanzergebnisse zeigte, dass sich die Bank auf dem richtigen Kurs zur Umsetzung der Strategie des kontrollierbaren Wachstums befindet, die bei der ersten Überprüfung der Kapitalressourcen eingeführt wurde, da die Umwälzung des Portfolios und der Gewinn weiteren Spielraum für eine verbesserte Auswirkung auf den Transformationsprozess und operative Tätigkeiten schaffen.

Kreditaufnahme

Die EBWE lässt sich in ihrer Kreditaufnahmepolitik von zwei wichtigen Prinzipien leiten. Erstens: Sie bemüht sich um kongruente mittlere Laufzeiten ihrer Aktiva und Passiva, um die Refinanzierungsrisiken zu minimieren. Zweitens: Sie bemüht sich darum, die Verfügbarkeit langfristiger Mittel mit optimaler Kosteneffizienz für die EBWE sicherzustellen.

Die Kreditaufnahmen beliefen sich zum 31. Dezember 2001 auf insgesamt 14,4 Milliarden Euro, gegenüber 2000 eine Zunahme von 0,3 Milliarden Euro. Im Rahmen des mittel- bis langfristigen Kreditaufnahmeprogramms gab es 30 Neuemissionen; die mittleren Kosten nach Swap lagen bei Libor minus 26 Basispunkten. Dazu zählte auch die erste globale Benchmarkemission der Bank im Betrag von einer Milliarde US-Dollar mit einer Laufzeit von fünf Jahren. Sie wurde im Juni erfolgreich abgeschlossen. Die mittlere verbleibende Laufzeit mittel- bis langfristiger Fremdmittel nahm im Lauf des Jahres ab und betrug zum 31. Dezember 2001 9,0 Jahre (2000: 9,5 Jahre).

Zusätzlich zu mittel- bis langfristigen Fremdmitteln enthält die Zahl für die gesamten Kreditaufnahmen außerdem als verbrieftete Schulden verbuchte kurzfristige Fremdmittel, die die Bank zum Zweck der Liquiditätssteuerung aufnimmt.

Aufwendungen

Auf Pfund Sterling lautende allgemeine Verwaltungsaufwendungen und Abschreibungen lagen im Jahr 2001 bei 138,5 Millionen GBP. Sie hielten sich im Rahmen des Budgets, bedeuteten aber gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 9,0 Millionen GBP (2000: 129,5 Millionen GBP). Dies war vor allem auf höhere Personalkosten (die Zahl der Mitarbeiter wurde erhöht, um die operativen Kapazitäten zu steigern) und auf höhere Abschreibungsaufwendungen zurückzuführen. Die Bank stellt Budgetdisziplin, effektive Kostenkontrollen und ein proaktives Kostendeckungsprogramm weiterhin in den Mittelpunkt. In Euro ausgedrückt lagen die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen einschließlich Abschreibungen bei 206,7 Millionen Euro (2000: 192,1 Millionen Euro).

Der durchschnittliche Sterling/Euro-Wechselkurs betrug im Berichtsjahr 1,62 Euro pro Pfund Sterling (2000: 1,64). Der von der Bank erzielte effektive gewichtete Mittelwert bei der Umrechnung in Euro lag aufgrund der Devisenkontrakte unter diesem Wert. Diese wurden in früheren Zeiträumen mit niedrigeren Sterling/Euro-Kursen eingegangen, um die Auswirkung eines stärkeren Pfundes gegenüber dem Euro auf die weitgehend auf Sterling lautenden Kosten zu minimieren, wenn sie zu Berichtszwecken in Euro übertragen werden. Dadurch ergab sich ein gewichteter Mittelwert des Euro gegenüber Pfund Sterling von 1,52 Euro für Verwaltungsaufwendungen in 2001 (2000: 1,52 Euro). Verglichen mit den von der Bank in Euro angegebenen Aufwendungen bei Zugrundelegung des durchschnittlichen Marktkurses führte das 2001 zu einer Senkung der Kosten um 11,8 Millionen Euro (2000: 15,0 Millionen Euro).

Rückstellungen

Die allgemeine Rückstellungspraxis der EBWE in Verbindung mit der Wertminderung nicht definierter Vermögenswerte für nichtstaatliche Engagements, wie sie von der unabhängigen Abteilung Risikomanagement der Bank eingeschätzt wird, stützt sich auf einen Risikobewertungsansatz, der zum Ende des Auszahlungsmonats zur Anwendung kommt. Für alle staatlichen Risikovermögenswerte kommt eine andere Methode zur Anwendung, wobei der der Bank durch ihre Mitglieder eingeräumte Status eines bevorzugten Gläubigers berücksichtigt wird. Die EBWE nimmt Sonderrückstellungen für die Wertminderung definierter Vermögenswerte nach Bedarf auf Einzelfallbasis vor. Die Höhe der Rückstellungen richtet sich nach den Nettoauszahlungen zum relevanten Stichtag.

Die Anwendung der Rückstellungsgrundsätze der EBWE führte für das Jahr zu einer Belastung in Höhe von 137,6 Millionen Euro, d.h. 79 Prozent der Belastung für 2000 in Höhe von 174,3 Millionen. Die Belastung in 2000 schloss Rückstellungen der Finanzabteilung

von 7,2 Millionen Euro ein. Derartige Rückstellungen wurden in 2001 nicht vorgenommen, da infolge der Einführung von IAS 39 die Vermögenswerte der Finanzabteilung zum Marktzeitwert verbucht wurden. Die Belastung in 2001 für Rückstellungen des Bereichs Banking kann aufgeteilt werden zwischen allgemeinen Portfoliorückstellungen für die Wertminderung nicht definierter Vermögenswerte, die eine Belastung in Höhe von 136,4 Millionen Euro bedeutete (gegenüber 71,2 Millionen Euro in 2000), und Sonderrückstellungen für die Wertminderung definierter Vermögenswerte, die sich in 2001 auf insgesamt 1,1 Millionen Euro beliefen (gegenüber 103,2 Millionen Euro in 2000).

Erheblich höhere Nettoauszahlungen, die um mehr als das Dreifache über dem Niveau von 2000 lagen, beeinflussten die Belastung durch allgemeine Portfoliorückstellungen am stärksten, dagegen glichen beträchtliche Rückflüsse von Vermögenswerten infolge der Restrukturierung von Projekten und die sich daraus ergebende Ausbuchung von Sonderrückstellungen die Belastung durch neue Sonderrückstellungen im Berichtsjahr fast vollständig aus.

Infolge der Nettobelastung für 2001 erreichten die gesamten Rückstellungen für die Tätigkeit des Bereichs Banking die Höhe von 1,22 Milliarden Euro; das entspricht 13,9 Prozent des ausgezahlten Portfolios von Darlehen und Aktienanlagen (2000: 1,19 Milliarden Euro und 15,8 Prozent).

Aussichten für das Jahr 2002

Die EBWE hat ihr Budget für 2002 auf einen bescheidenen Gewinn eingestellt. Dies entspricht der Anfälligkeit der Ergebnisse angesichts der vermehrten Unsicherheit im wirtschaftlichen Umfeld und an den Finanzmärkten. Außerdem ist der Prozess der Rückflüsse früher im Wert geminderter Vermögenswerte mehr oder weniger abgeschlossen, und für 2002 sind weniger umfangreiche Auflösungen von Rückstellungen für Verluste zu erwarten.

Zusätzliche Berichterstattung und Offenlegung

In Berichterstattung und Offenlegung folgt die EBWE den üblichen Regelungen für Berichte der privaten Finanzinstitute. Damit entspricht sie ihrem Grundsatz, sich an der besten Praxis im Sektor zu orientieren.

Grundsätze des Finanz- und Risikomanagements

Die Finanzpolitik der EBWE folgt den Richtlinien des soliden Finanzmanagements und baut auf dem Übereinkommen zur Errichtung der Bank auf. Sie stellt das finanzielle Rahmenwerk bereit, in dem die Bank ihr Mandat ausübt.

Das Finanzmanagement der EBWE hat folgende Ziele:

- > Streben nach finanzieller Tragfähigkeit;
- > Bildung von Rücklagen und Sicherstellung nachhaltiger Rentabilität;
- > Markt- und Ergebnisorientierung bei allen Aktivitäten;
- > Arbeit in einem umfassenden Rahmen des Risikomanagements; und
- > Sicherstellung von Transparenz und Einhaltung der Rechenschaftspflicht auf allen Ebenen sowie Unterstützung einer effektiven Unternehmensführung.

Die Finanzpolitik der EBWE legt die an die Tätigkeit des Bereichs Banking und der Finanzabteilung anzulegenden Finanz- und Risikoparameter fest. Dazu gehören Rückstellungs-, Preis- und Liquiditätsgrundsätze sowie die Vollmacht der Finanzabteilung. Die Rückstellungsgrundsätze bestimmen für alle Vermögenswerte die Höhe der allgemeinen Portfoliorückstellungen und das Verfahren der Einstellung von Einzelrückstellungen. Um zu prüfen, ob die Grundsätze angemessen sind, wird das Verhältnis der gesamten Rückstellungen zu den erwarteten Verlusten, deren Höhe dem Risikokapitalmodell der Bank entstammt, regelmäßig einer Prüfung unterzogen. Die Rückstellungsgrundsätze werden jährlich überprüft. Die Preisgrundsätze regeln die an die Konditionen von Darlehen, Garantien und Kapitalanlagen anzulegenden Maßstäbe und Parameter. Die Liquiditätsgrundsätze bestimmen die Höhe der von der Bank benötigten liquiden Mittel. Im Jahr 2001 schloss die jährliche Liquiditätsprüfung eine Überprüfung des Liquiditätsmanagements der EBWE unter Berücksichtigung der jüngsten vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht empfohlenen Richtlinien ein. Darüber hinaus definiert die Finanzpolitik die Kapitalverwendung, setzt die Parameter für das Portfoliorisiko der Banking-Tätigkeit, die Sicherungsgrundsätze, die Eigenkapitalbewertung, Veräußerungsverfahren und -strategien, die Übernahme von Emissionen, das Risikomanagement und die Grundsätze der Unternehmensführung. Diese Grundsätze werden regelmäßig im Licht der Erfahrungen und externer Entwicklungen überprüft.

Die Vollmacht der Finanzabteilung ist das Dokument, kraft dessen das Direktorium dem Vizepräsidenten für Finanzen die Vollmacht überträgt, die Geschäfte der Finanzabteilung der EBWE zu führen, und in dem die bei dieser Aktivität einzuhaltenden Risikoparameter festgelegt werden. Der Ausschuss für Finanzen und Geschäftstätigkeit überprüft die Vollmacht der Finanzabteilung regelmäßig, und diese Überprüfung wird dem Direktorium zur Bewilligung unterbreitet. Das Kreditverfahren beschreibt das Verfahren für die Bewilligung, das Management und die Überprüfung von Banking-Engagements. Diese werden vom Finanzprüfungsausschuss der Bank in regelmäßigen Abständen überprüft und dem Direktorium zur Bewilligung vorgelegt.

Die unabhängige Risikomanagementabteilung der EBWE trägt die allgemeine Verantwortung für die Bewertung, Überwachung und Abfederung aller Risiken, die die Bank in der Tätigkeit sowohl des Bereichs Banking als auch der Finanzabteilung eingeht. Der Leiter des Risikomanagements fungiert als Risikomanager der gesamten Bank und nimmt an den Sitzungen des Exekutivausschusses teil. Die Abteilung sucht sicherzustellen, dass alle Risiken richtig identifiziert und durch umfassende und strikt einzuhaltende Abläufe, die der besten Branchenpraxis entsprechen, hinreichend gesteuert und abgedeckt werden.

Die EBWE ist sowohl in der Tätigkeit des Bereichs Banking als auch in den Aktivitäten der Finanzabteilung Kreditrisiken ausgesetzt, da Kreditnehmer und Gegenparteien der Finanzabteilung bei ihren vertraglichen Verpflichtungen in Verzug geraten oder der Wert der Investition der Bank gemindert werden könnten. Das Portfolio des Bereichs Banking enthält die meisten Kreditrisiken der Bank. Alle üblichen Projekte werden in regelmäßigen Abständen überprüft, um umgehend feststellen zu können, ob Veränderungen bei den erteilten Risikoeinstufungen erforderlich sind und ob Maßnahmen zur Abfederung vergrößerter Risiken ergriffen werden müssen. Engagements werden an der Risikobegrenzung des Portfolios gemessen, und der Finanzprüfungsausschuss erhält vierteljährlich einen entsprechenden Bericht.

Das größte Marktrisiko der EBWE-Finanzabteilung besteht darin, dass Veränderungen von Zinssätzen und Wechselkursen die Positionen der Bank im Finanzabteilungsportfolio negativ beeinflussen könnten. Die EBWE ist bestrebt, Marktrisiken im Portfolio durch aktives Aktiva- und Passivmanagement so weit wie möglich zu steuern. Zinsrisiken werden durch eine Kombination synthetischer Kongruenzen der Zinsprofile von Aktiva und Passiva gesteuert, vor allem durch den Gebrauch von Derivaten zu Sicherungszwecken. Währungs- und Zinsrisiken werden unabhängig von der Tätigkeit der Finanzabteilung bewertet, um die Einhaltung der genehmigten Grenzen sicherzustellen.

Die Bank überwacht ihr Marktrisiko durch eine Kombination von Begrenzungen, die sich vor allem auf den Risikowert (VaR) stützen und eine Vielzahl zusätzlicher Risikomesswerte. Das Risikomanagement errechnet für die interne Überwachung täglich den VaR. Das allgemeine VaR-Limit wird in der vom Direktorium bewilligten Vollmacht der Finanzabteilung festgelegt. Währungstransaktionen werden darüber hinaus durch eine zusätzliche Begrenzung des VaR für Währungsengagements beschränkt. Zu internen Überwachungszwecken wird der VaR als der potenzielle Verlust definiert, der aufgrund von ungünstigen Schwankungen von Zinssätzen und Wechselkursen an einem Börsentag und errechnet mit einem Zuverlässigkeitsniveau von 95 Prozent eintreten könnte. Um die Vergleichbarkeit verschiedener Institutionen zu verbessern, werden im Jahresbericht angegebene Value-at-Risk-Angaben jedoch auf ein Zuverlässigkeitsniveau von 99 Prozent über einen Zeitraum von zehn Börsentagen heraufgestuft. Zusätzliche VaR-Messwerte werden dem leitenden Finanzmanagement mitgeteilt, insbesondere, um einen Bezug der Gesamt-VaR-Angaben zu individuellen Marktfaktoren (Grenz-VaR und VaR-Sensitivität) herzustellen. Ebenfalls wird täglich eine auf VaR-Angaben basierende M.C.S. erstellt. Das eVaR für das gesamte Portfolio (erwarteter Verlust über VaR hinaus) zielt auf eine Quantifizierung der Auswirkung großer Veränderungen in den Marktverhältnissen. Für das Optionsportfolio werden besondere VaR-Berechnungen vorgenommen, um festzustellen, ob die den VaR-Berechnungen zugrunde liegenden Standardannahmen sich bewähren.

Eine Reihe weiterer Risikobewertungen wird vorgenommen, um die VaR-Angaben durch Zahlen zu ergänzen, die von anderen Voraussetzungen ausgehen. Damit wird sichergestellt, dass beträchtliche Risiken nicht übersehen werden, weil man sich auf eine bestimmte Gruppe von Risikomesswerten festlegt. Für die Überwachung von Währungsrisiken und unterschiedlichen Arten von Zinsrisiken, sei es für tatsächliche Engagements oder Optionen, werden für jede Währung und Optionsart unabhängige sensitivitätsabhängige Messwerte eingesetzt. Eine Serie von Belastbarkeitstests wird laufend durchgeführt. Diese umfassen vor allem (i) Belastbarkeitstests des Optionsportfolios auf gleichzeitig stattfindende starke Veränderungen im Preisniveau der Basiswerte und auf Volatilität; (ii) getrennte Analysen der Auswirkungen großer Verzerrungen in Niveau und Form der Ertragskurve für jede einzelne Währung; (iii) Belastbarkeitstests aufgrund historischer Szenarios; (iv) spezifische Belastbarkeitstests zur Quantifizierung der Auswirkungen schwerwiegender Verschiebungen der Korrelationen.

Das operative Risiko wird bestimmt, indem man die risikobehafteten Engagements mit Ausnahme derjenigen untersucht, die in den Bereich von Kreditrisiko und Marktrisiko fallen. Dazu gehört das Risiko von Verlusten, die durch Irrtümer oder Unterlassungen im Ablauf und in der Abwicklung von Transaktionen, die Berichterstattung über die Finanzergebnisse oder durch Versagen der Kontrollen entstehen können.

Operative Risiken werden weiter unterteilt in:

- > *Transaktionsrisiko*. Alle Arten von Irrtümern bei der Bearbeitung von Transaktionen, sei es in der Durchführung, Buchung und Abwicklung, oder aufgrund unzureichender rechtlicher Unterlagen;
- > *operatives Kontrollrisiko*, oder ein Ausfall von Kontrolle im Umfeld von Handelsaktivitäten, unter anderem nicht definierte Begrenzungsüberschreitungen, unzulässige Geschäfte, nicht durch die Grundsätze abgedeckte oder unzureichende Kontrollen bei der Bearbeitung von Geschäften;
- > *menschliches Risiko* oder Abhängigkeit von einer begrenzten Anzahl wichtiger Mitarbeiter, fachlich unangemessene oder unzureichende Personalbesetzung in Handel, Risikomanagement, Projektablauf und Berichtswesen oder ein unzureichendes Niveau von Kenntnissen oder Schulung; und
- > *Systemrisiko*, definiert als Irrtümer in oder Ausfall von Handelsunterstützungssystemen; diese reichen von Irrtümern in den mathematischen Formeln der Preisfestsetzung oder Sicherungsmodellen oder in der täglichen Errechnung des Marktwerts von Transaktionen (*Modellrisiko*) bis zu unzureichender Planung für Katastrophenfälle.

In der EBWE gibt es Grundsätze und Verfahren, die alle wichtigen Aspekte des operativen Risikos abdecken. Dazu gehören vor allem die hohen Standards der Bank in Bezug auf das Geschäftsverhalten und ihr erprobtes System interner gegenseitiger Kontrollen sowie die Trennung von Zuständigkeiten, die die EBWE vor allen Anfängen der Anfälligkeit für operative Risiken bewahren. Diese werden ergänzt durch:

- > den Verhaltenskodex der EBWE;
- > Planung für Notfälle/Eventualitäten;
- > Grundsätze der Veröffentlichung von Informationen;
- > Integrität der Verfahren im Rahmen der Sorgfaltspflicht;
- > Verfahren im Hinblick auf Korruption und Geldwäsche;
- > Verfahrensregelungen für Fälle von Betrug oder Betrugsverdacht;
- > Grundsätze für die Lenkung von Informationen; und
- > Beschaffungsgrundsätze.

Die Bank hat einen Hauptverantwortlichen für die Einhaltung von Standards und einen Sachbearbeiter zur Verhinderung von Geldwäsche, die für die Einhaltung der Grundsätze der Bank in Verbindung mit soliden Geschäftsstandards und Unternehmensgepflogenheiten zuständig sind. Überprüfungen zur Verhinderung von Geldwäsche werden intern durchgeführt, und die Bank bemüht sich sicherzustellen, dass ihre Kunden die

Grundsätze und Verfahren zur Verhinderung von Geldwäsche einhalten. Die Bank ergreift Maßnahmen, um sicherzugehen, dass sie nicht ungewollt mit Terroristen oder terroristischen Aktivitäten in Berührung kommt. Vor kurzem führte die Bank eine Sonderüberprüfung durch, um die Einhaltung der Resolution des UN-Sicherheitsrats hinsichtlich der Verhinderung von Terrorismus zu gewährleisten. Eine besondere Sorgfaltspflicht im Hinblick auf Finanzen und Integrität ist Bestandteil des normalen Bewilligungsprozesses von Neugeschäften und der Überprüfung laufender Transaktionen. Obwohl die Bank keine Einlagen annimmt, verfügt sie über wirksame Verfahren, die ihr helfen, mit ihren Kunden vertraut zu werden. Dazu gehören die Identifizierung spezifischer Integritätsbelange und unabhängige Überprüfungen der damit verbundenen Risiken. Für ihre Mitarbeiter und externe Stellen veranstaltet die Bank regelmäßig Seminare zur Unternehmensintegrität und zur Verhinderung von Geldwäsche, um die Sachkenntnis und das Problembewusstsein auf diesem Gebiet zu vertiefen.

Außerdem überwacht die Bank die Fortschritte im Risikosteuerungsbereich im Rahmen des 1995 eingeführten Programms für eine bessere Risikosteuerung bei Transaktionen der Finanzabteilung. Ziel dieses laufenden Programms ist es, sicherzustellen, dass das Vorgehen der EBWE beim Management von Markt- und Kreditrisiken sowie operativen Risiken in der Tätigkeit der Finanzabteilung der jeweiligen besten Marktpraxis im Sektor entspricht. Der Stand der Entwicklung bei der Bewertung, Überwachung und Abfederung dieser Risiken wird in regelmäßigen Abständen durch den Finanzprüfungsausschuss des Direktoriums der Bank überprüft.

Nutzung von Derivaten

Die EBWE benutzt Derivate vor allem zur Absicherung gegen Zins- und Währungsrisiken, die im Rahmen ihrer Aktivitäten im Bereich Banking und der Finanzabteilung auftreten. Die sich in Derivaten ausdrückenden Marktbewertungen sind Bestandteil der Aktivitäten der Finanzabteilung. Darüber hinaus nutzt die Bank Kreditderivate als Alternative zu Investitionen in bestimmte Wertpapiere oder zur Sicherung bestimmter Engagements. Der Gesamtbetrag der Kreditderivattransaktionen wird auf eine eigens dafür festgelegte Grenze beschränkt.

Alle Risiken aus derivativen Instrumenten werden mit solchen kombiniert, die sich aus anderen von den gleichen zugrunde liegenden Risikofaktoren und den gleichen allgemeinen Markt- und Kreditrisikobegrenzungen abhängigen Instrumenten sowie aus Belastbarkeitstests ergeben. Darüber hinaus werden derivatspezifische Risiken besonders sorgfältig beobachtet. Das erfolgt zum Beispiel durch die Überwachung der Volatilitätsrisiken für Optionen, der Spannenrisiken für Swaps und Basisrisiken für Terminkontrakte.

Um die Kreditrisiken in den Transaktionen der Finanzabteilung kontrollieren zu können, ist es gängige Praxis der EBWE, allen einzelnen Vertragspartnern eine Vorausbewilligung zu erteilen und ihre Eignung in regelmäßigen Abständen zu überprüfen. Begrenzungen für einzelne Gegenparteien werden in Übereinstimmung mit Richtlinien erteilt, die auf Grundlage der Kreditwürdigkeit der Gegenpartei den Höchstumfang und die Höchstlaufzeit des Engagements festlegen. Für jede derivatgeeignete Gegenpartei entfällt der größte Anteil des Grenzbetrages der einzelnen Partei auf Devisen- und Freiverkehrsderivate.

Derivattransaktionen insbesondere sind normalerweise auf Parteien mit erstklassiger Kreditwürdigkeit beschränkt. Darüber hinaus achtet die EBWE sehr sorgfältig auf die weitere Abfederung der Kreditrisiken von Derivaten der Finanzabteilung, indem sie systematisch auf eine Vielzahl von Kreditverbesserungsmechanismen zurückgreift. Derivattransaktionen im Freiverkehr werden systematisch durch Rahmenvereinbarungen dokumentiert, die ein Netting bei Zahlung vorsehen. Die Bank ist bestrebt, den Anwendungsbereich dieser Bestimmung durch Dokumentation eines möglichst breiten Spektrums der mit einer gegebenen Partei im Rahmen einer einzelnen Globalvereinbarung gehandelten Instrumente zu erweitern.

Die EBWE hat den Einsatz von Sicherheitsvereinbarungen in Verbindung mit ihrer Tätigkeit mit Derivaten im Freiverkehr laufend erweitert. Zum Jahresende 2001 waren etwa 95 Prozent der Bruttoengagements mit Derivatparteien abgeschlossen, mit denen eine Sicherheitsvereinbarung bestand, und mit allen verbleibenden aktiven Parteien waren Verhandlungen über die Unterzeichnung solcher Vereinbarungen im Gange. Infolgedessen waren fast 100 Prozent der Engagements der Bank mit Währungs- und Freiverkehrsderivaten entweder mit Gegenparteien abgeschlossen, die selbst ein erstklassiges Rating besaßen, oder mit solchen, mit denen eine Sicherheitsvereinbarung dahingehend bestand, dass die hinterlegte Sicherheit in Form von Bargeld oder erstklassigen Staatspapieren vereinnahmt wurde.

Unternehmensführung

Die EBWE setzt sich für eine effektive Unternehmensführung ein, bei der Zuständigkeiten und die damit verbundenen Kontrollen bankweit eindeutig festgelegt und voneinander abgegrenzt sind. Transparenz und Rechenschaftspflicht sind integrale Bestandteile der Rahmenbestimmungen für ihre Unternehmensführung. Diese Struktur wird darüber hinaus durch ein System der Berichterstattung gestützt, in dem die Informationen eigens auf die verschiedenen Zuständigkeitsebenen innerhalb der EBWE zugeschnitten sind, denen sie zugeleitet werden. Auf diese Weise kann das System der gegenseitigen Kontrollen bei den Aktivitäten der Bank reibungslos funktionieren.

Das grundlegende Regelwerk der EBWE ist das Übereinkommen zur Errichtung der Bank, das vorsieht, dass sie über einen Gouverneursrat, ein Direktorium, einen Präsidenten, Vizepräsidenten sowie leitende und sonstige Bedienstete verfügt.

Sämtliche Befugnisse der EBWE liegen beim Gouverneursrat, der die 62 Anteilseigner der Bank vertritt. Mit Ausnahme bestimmter ihm vorbehaltenen Vollmachten hat der Gouverneursrat die Ausübung seiner Befugnisse auf das Direktorium übertragen, behält jedoch die allgemeine Weisungsgewalt.

Das Direktorium und seine Ausschüsse

Das Direktorium unterliegt der allgemeinen Weisungsgewalt des Gouverneursrats. Vorbehaltlich dieser ist es für die Leitung der allgemeinen Geschäftstätigkeit und Grundsätze der EBWE verantwortlich und übt zu diesem Zweck die ihm im Übereinkommen ausdrücklich zugeteilten und die ihm vom Gouverneursrat übertragenen Befugnisse aus.

Zu seiner Unterstützung hat das Direktorium drei Ausschüsse gebildet:

- > den Finanzprüfungsausschuss;
- > den Ausschuss für Budget- und Verwaltungsangelegenheiten; und
- > den Ausschuss für Finanzierungsgrundsätze und Geschäftstätigkeit.

Die Zusammensetzung dieser Ausschüsse im Jahr 2001 ist im Textteil des Jahresberichts gesondert aufgeführt.

Der Präsident und der Exekutivausschuss

Der Präsident wird vom Gouverneursrat gewählt und ist der gesetzliche Vertreter der EBWE. Er führt die laufenden Geschäfte der Bank nach den Weisungen des Direktoriums.

Der Exekutivausschuss besteht aus Mitgliedern der Führungsspitze der Bank und steht unter dem Vorsitz des Präsidenten.

Berichterstattung

Die Führungsstruktur der Bank wird durch eine angemessene Finanz- und Managementberichterstattung unterstützt. Die Bank ist bestrebt, durch ihre Finanzberichterstattung die notwendigen Informationen über Risiken und Ergebnisse ihrer Tätigkeit bereitzustellen und im Inhalt ihrer diesbezüglichen öffentlichen Finanzberichte die beste Praxis zu befolgen. Darüber hinaus verfügt die Bank über ein umfassendes System der Berichterstattung an das Direktorium und dessen Ausschüsse. Dem Management stehen detaillierte Informationen zur Verfügung, damit es die Umsetzung der Geschäftspläne und die Einhaltung von Budgets überwachen kann.

Vergütungsgrundsätze

Im Rahmen ihres Status als multilaterale Institution hat die Bank eine marktorientierte Vergütungspolitik entwickelt, um den folgenden Zielstellungen gerecht zu werden:

- > Wettbewerbsfähigkeit, um hochqualifizierte Spitzenkräfte anzuwerben und an sich binden zu können;
- > Berücksichtigung verschiedener Zuständigkeitsebenen;
- > ausreichende Flexibilität, um rasch auf den Markt reagieren zu können; und
- > Schaffung von Anreizen für ausgezeichnete Leistungen.

Um diese Zielsetzungen zu unterstützen, haben die Anteilseigner der Bank der Anwendung von Marktkriterien auf die Mitarbeitervergütung zugestimmt. Gehälter und Bonuszahlungen sollten leistungsorientiert sein.

Durch Zuwendungen aus dem Bonusfonds sollen die Beiträge einzelner Mitarbeiter oder Teams zu den Gesamtergebnissen der Bank anerkannt werden. Die Bonuszahlungen sind zwar ein wichtiger Bestandteil der gesamten Mitarbeitervergütung, beschränken sich jedoch auf einen bestimmten Prozentsatz des Grundgehalts. In der Regel gehen sie nicht über 30 Prozent des Grundgehalts hinaus.

Das Direktorium der EBWE, der Präsident und die Vizepräsidenten erhalten keine Zuwendungen aus dem Bonusfonds. Die an das Direktorium und den Präsidenten gezahlte Vergütung wird vom Gouverneursrat festgelegt, über die der Vizepräsidenten entscheidet das Direktorium.

Jahresabschluss

Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. Dezember 2001 abgelaufene Geschäftsjahr	Anmerkung	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2001 000 Euro	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2000 000 Euro
Zinsen und zinsähnliche Erträge			
aus Darlehen	7	423.828	410.190
aus festverzinslichen Schuldtiteln sowie sonstige Zinsen		476.543	581.345
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		(574.121)	(718.223)
Nettozinserträge		326.250	273.312
Dividendenerträge aus Aktienanlagen		20.689	28.081
Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen	4	38.850	29.379
Finanzgeschäfte			
Nettoerträge aus dem Verkauf von Aktienanlagen		89.343	166.770
Nettogewinn aus Handels- und Devisengeschäften	5	26.343	21.685
Betriebliche Erträge		501.475	519.227
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	6	(189.743)	(179.002)
Abschreibungen	12	(16.993)	(13.099)
Betriebsgewinn vor Rückstellungen		294.739	327.126
Rückstellungen für Verluste	7	(137.557)	(174.334)
Gewinn für das Jahr		157.182	152.792

Bilanz

zum 31. Dezember 2001	Anmerkung	000 Euro	31. Dezember 2001 000 Euro	000 Euro	31. Dezember 2000 000 Euro
Aktiva					
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)		781.378		5.344.328 ¹	
Besicherte Platzierungen		2.867.937			
Schuldtitel	8	7.214.548		7.075.502	
			10.863.863		12.419.830
Sonstige Aktiva	9		677.485		763.672
Darlehen und Aktienanlagen					
Darlehen	10	6.112.052		4.940.425	
Aktienanlagen	10	1.747.301		1.386.372	
			7.859.353		6.326.797
Sachanlagen, Technik und Büroausstattung	12		44.874		38.894
Ausstehendes eingezahltes Kapital	15		1.501.718		1.740.817
Summe der Aktiva			20.947.293		21.290.010
Passiva					
Aufgenommene Gelder					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		508.327		455.745	
Verbriefte Verbindlichkeiten	13	13.927.335		13.621.661	
			14.435.662		14.077.406
Sonstige Passiva	14		826.318		1.960.609
Gezeichnetes Kapital	15	19.789.500		19.742.750	
Abrufbares Kapital	15	(14.592.845)		(14.556.615)	
Eingezahltes Kapital	15		5.196.655		5.186.135
Rücklagen und Gewinn für das Jahr			488.658		65.860
Eigenkapital der Mitglieder			5.685.313		5.251.995
Summe der Verbindlichkeiten und Eigenkapital der Mitglieder			20.947.293		21.290.010
Bilanzvermerke					
Nicht abgerufene Zusagen	11		5.322.481		4.655.228

¹ Aus dieser Summe bezieht sich ein Betrag von 2.659.162 Euro auf am 31. Dezember 2001 als besicherte Platzierungen klassifizierte finanzielle Vermögenswerte. Die Umklassifizierung dieser Aktiva in 2001 ist nach IAS 39 erforderlich.

Ausweis der Veränderungen im Eigenkapital der Mitglieder

	31. Dezember 2001 Mio. Euro	31. Dezember 2000 Mio. Euro
Stammkapital		
Gezeichnetes Kapital	19.789,5	19.742,8
Abrufbares Kapital	(14.592,9)	(14.556,7)
Eingezahltes Kapital	5.196,6	5.186,1
Rücklagen und Gewinn für das Jahr:		
Allgemeine Rücklage		
Bilanz zu Jahresbeginn	90,6	86,2
Interne Steuern für das Jahr	5,2	4,4
Eröffnungsbilanz im Übergang zu IAS 39	218,4	–
Veränderung im Jahr unter IAS 39	42,0	–
Stand zum Jahresende	356,2	90,6
Sonderrücklage		
Stand zu Jahresbeginn	125,6	115,7
Designierte Gebühren und Provisionen aus dem Vorjahr	11,0	9,9
Stand zum Jahresende	136,6	125,6
Kumulative Gewinn- und Verlustrücklage		
Stand zu Jahresbeginn	(303,1)	(335,9)
Designierte Gebühren und Provisionen aus dem Vorjahr	(11,0)	(9,9)
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	152,8	42,7
Stand zum Jahresende	(161,3)	(303,1)
Gewinn für das Jahr	157,2	152,8
Rücklage und Gewinn insgesamt für das Jahr	488,7	65,9
Eigenkapital der Mitglieder insgesamt	5.685,3	5.252,0

Die **allgemeine Rücklage** enthält die gemäß Artikel 53 des Übereinkommens einbehaltenen gezahlten internen Steuern. Gemäß dem Artikel unterliegen alle Direktoren, Stellvertretenden Direktoren, leitenden und sonstigen Mitarbeiter der Bank einer von der Bank erhobenen internen Besteuerung aller von ihr gezahlten Gehälter und Bezüge. Gemäß Übereinkommen behält die Bank die zu ihren Gunsten eingezogene interne Steuer ein. Laut Artikel 53 des Übereinkommens, ergänzt durch Artikel 16 des Sitzabkommens, sind die von der Bank gezahlten Gehälter und Bezüge von der Einkommensteuer im Vereinigten Königreich freigestellt. In Verbindung mit der internen Steuer beträgt die Bilanz zum Ende des Geschäftsjahres 38,8 Millionen Euro (2000: 33,6 Millionen Euro). 2001 setzte die Bank IAS 39 um. Die damit verbundenen Veränderungen in den Rücklagen entsprechen den Veränderungen im beizulegenden Zeitwert zur Veräußerung verfügbarer Vermögenswerte. Entsprechend den Übergangsvorschriften im Standard verbuchte die Bank den anfänglichen Neuausweis des beizulegenden Zeitwerts zur Veräußerung verfügbarer finanzieller Vermögenswerte, die zuvor zu Anschaffungskosten ausgewiesen worden waren, in den Rücklagen. Diese wuchsen damit Anfang 2001 um 218,4 Millionen Euro. 217,4 Millionen Euro ergaben sich aus dem beizulegenden Zeitwert notierter Aktienanlagen der Bank und 1,0 Millionen Euro aus zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten der Finanzabteilung. Die sich daraus herleitende Veränderung im Berichtsjahr ergab, dass die Rücklagen um weitere 42,0 Millionen Euro wuchsen. Dieser Betrag ergab sich aus einer Erhöhung in Verbindung mit dem beizulegenden Zeitwert der notierten Aktienanlagen der Bank um 57,9 Millionen Euro sowie einer Abnahme um 15,9 Millionen Euro aufgrund der zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerte der Finanzabteilung. Im Verlauf des Geschäftsjahres wurden unter Rücklagen verbuchte 21,3 Millionen Euro in die Gewinn- und Verlustrechnung übertragen. (Übertrag aus den Rücklagen von 22,3 Millionen Euro als Ergebnis realisierter Gewinne aus der Veräußerung notierter Aktienanlagen sowie eine Zuführung zu den Rücklagen von 1,0 Millionen Euro aus zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten der Finanzabteilung). Gemäß IAS 39 wurde die Rücklage für Umrechnungsdifferenzen der allgemeinen Rücklage zugeschlagen. Weitere Erläuterungen in Verbindung mit der Implementierung von IAS 39 finden sich in Anmerkung 2.

Gemäß Übereinkommen wird eine **Sonderrücklage** zum Ausgleich dort näher bestimmter Verluste der Bank gebildet. Entsprechend den Finanzrichtlinien der Bank erfolgt die Dotierung der Rücklage durch Einstellung des Gesamtbetrags aller der Bank aus dem Darlehens-, Garantie- und Emissionsgeschäft zufließenden designierten Gebühren und Provisionen, bis die Sonderrücklage nach Feststellung des Direktoriums eine angemessene Höhe erreicht hat. Gemäß Übereinkommen ist vorgesehen, den Betrag von 21,0 Millionen Euro (2000: 11,0 Millionen Euro), bestehend aus den für das am 31. Dezember 2001 abgelaufene Jahr eingegangenen designierten Gebühren und Provisionen, aus dem Gewinn für das am 31. Dezember 2001 abgelaufene Jahr im Jahr 2002 einzubehalten und in die Sonderrücklage zu überstellen.

Die **aufgelaufene Gewinn- und Verlustrücklage** aus früheren Jahren entspricht den aufgelaufenen Verlusten nach Zuweisung der designierten Gebühren- und Provisionseinkünfte in die Sonderrücklage.

Kapitalflussrechnung

für das am 31. Dezember 2001 abgelaufene Geschäftsjahr	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2001 000 Euro	Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2000 000 Euro
Cash-flows aus laufender Geschäftstätigkeit		
Gewinn für das Geschäftsjahr	157.182	152.792
Anpassungen für:		
Rückstellungen für Verluste	137.557	174.334
Auflösung des mit bestimmten notleidenden Aktiva verbundenen Abschlags	(5.737)	–
Abschreibungen auf Sachanlagen	16.993	13.099
Realisierte Gewinne aus Aktienanlagen	(89.343)	(166.770)
Interne Steuer	5.193	4.366
Unrealisierte Verluste/(Gewinne) aus dem Handelsbestand	388	(2.389)
Realisierte (Gewinne) auf das Anlageportfolio	(968)	(1.829)
Devisenschwankungen von Rückstellungen	24.395	37.562
Gewinn vor Änderungen im Betriebsvermögen	245.660	211.165
Abnahme/(Zunahme) des Betriebsvermögens:		
Zinsforderungen und Aufwandsabgrenzungen	160.599	8.033
Im Handelsbestand gehaltene Positionen	(620.291)	41.251
(Zunahme)/Abnahme der Betriebspassiva:		
Zinsaufwand und aufgelaufene Kosten	(238.992)	130.649
Nettobarmittel (verwendet in)/aus laufender Geschäftstätigkeit	(453.024)	391.098
Cash-flows aus der Investitionstätigkeit		
Mittelzufluss aus Rückzahlung von Darlehen	1.713.874	1.410.119
Platzierungen (netto) bei Kreditinstitutionen	(207.426)	(21.197)
Mittelzufluss aus dem Verkauf von Aktienanlagen	320.055	253.175
Mittelzufluss aus Verkauf von Wertpapieren aus Anlagebestand	2.365.991	3.129.471
Kauf von Anlagepapieren	(2.826.515)	(2.244.432)
Mittelabfluss für Darlehen und Erwerb von Aktien und Anteilspapieren	(3.266.951)	(2.190.162)
Kauf von Sachanlagen, Technik und Büroausstattung	(22.996)	(10.984)
Nettobarmittel (verwendet in)/aus Investitionstätigkeit	(1.923.968)	325.990
Cash-flows aus Finanzgeschäften		
Kapitaleinzahlungen	249.619	206.907
Emission verbriefter Verbindlichkeiten	12.428.292	4.721.974
Tilgung verbriefter Verbindlichkeiten	(12.122.461)	(2.910.913)
Mittelherkunft (netto) aus Finanzgeschäften	555.450	2.017.968
(Abnahme)/Zunahme (netto) der liquiden Mittel und gleichgestellten Aktiva	(1.821.542)	2.735.056
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zu Beginn des Jahres	4.867.385	2.132.329
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum 31. Dezember ¹	3.045.843	4.867.385

¹ Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva umfassen folgende im Verlauf von 3 Monaten fällige Beträge:

	2001 000 Euro	2000 000 Euro
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	721.543	2.523.617
Besicherte Platzierungen	2.703.616	2.659.162
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(379.316)	(315.394)
Liquide Mittel und gleichgestellte Aktiva zum 31. Dezember	3.045.843	4.867.385

Anmerkung: Zu den operativen Gewinnen gehören eingegangene Dividenden in Höhe von 20,7 Millionen Euro (2000: 28,1 Millionen Euro).

Anmerkungen zum Jahresabschluss

1. Errichtung der Bank

I Übereinkommen zur Errichtung der Bank

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung („die Bank“), mit Hauptsitz in London, ist eine gemäß dem Übereinkommen zur Errichtung der Bank („das Übereinkommen“) vom 29. Mai 1990 geschaffene internationale Organisation. Zum 31. Dezember 2001 waren 60 Länder sowie die Europäische Gemeinschaft und die Europäische Investitionsbank Anteilseigner der Bank.

II Sitzabkommen

Der Status, die Vorrechte und die Immunitäten der Bank sowie der mit ihr verbundenen Personen im Vereinigten Königreich sind im Sitzabkommen zwischen der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Bank („Sitzabkommen“) festgelegt. Das Sitzabkommen wurde bei Aufnahme der Geschäftstätigkeit der Bank am 15. April 1991 in London unterzeichnet.

2. Wichtige Grundsätze der Rechnungslegung

I Rechnungslegungskonvention

Der Jahresabschluss wurde im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen der Bank erarbeitet. Diese Grundsätze entsprechen den International Financial Reporting Standards, wie sie vom International Accounting Standards Board (IASB) bewilligt wurden, und den allgemeinen Vorgaben der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten. Zukünftige vom IASB herausgegebene Standards werden als International Financial Reporting Standards bezeichnet. Bereits herausgegebene Standards des IASB werden nach wie vor als International Accounting Standards (IAS) bezeichnet.

II Finanzinstrumente nach der Übernahme von IAS 39

IAS 39, Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung, trat für Abschlüsse in Kraft, deren Berichtszeitraum am oder nach dem 1. Januar 2001 begann. Der Standard bietet eine umfassende Anleitung für die Bilanzierung aller Finanzinstrumente. Finanzinstrumente werden in finanzielle Vermögenswerte, finanzielle Verbindlichkeiten und Derivate eingeteilt und müssen nach dem Standard in der Bilanz ausgewiesen werden. IAS 39 (Absätze 171-172) trifft Übergangsregelungen für die Übernahme dieses Standards und erfordert einen Neuausweis ab Beginn des laufenden Berichtszeitraums, sieht aber vor, dass Abschlüsse vorangegangener Berichtsperioden nicht anzupassen sind. Infolgedessen sind einige Bilanzen und die damit verbundenen Angaben in den Fußnoten zum 31. Dezember 2001 mit den in der abgelaufenen Periode veröffentlichten nicht unbedingt vergleichbar. Dies bezieht sich in der Hauptsache auf Aktienanlagen und verbrieft Schulden.

A Finanzielle Vermögenswerte

(a) Zu Handelszwecken gehaltene Vermögenswerte

Zu dieser Kategorie gehören zum Zweck der Gewinnerzielung aus kurzfristigen Preisschwankungen erworbene Vermögenswerte. Solche Vermögenswerte werden zum beizulegenden Zeitwert auf Grundlage von Marktnotierungen mit allen Wertveränderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung so, wie sie anfallen, ausgewiesen. Vermögenswerte dieser Kategorie werden am Handelstag verbucht.

(b) Kredite und Forderungen

Von der Bank ausgereichte Kredite und Forderungen werden nach Kosten abzüglich etwaiger Rückstellungen für Wertminderung oder Uneinbringlichkeit bewertet, es sei denn, sie sind Teil einer ordnungsgemäßen Sicherungsverbindung mit einer derivativen Position (siehe „Bilanzierung von Sicherungsgeschäften“ unten). Dies geschieht in Fällen von festverzinslichen Krediten, die durch die Verbindung mit einzelnen Swaps von einer festverzinslichen auf eine variabel verzinsliche Grundlage übertragen werden. In solchen Fällen wird der Kredit hinsichtlich des Zinsrisikos nach dem beizulegenden Zeitwert neu bewertet, wobei die Wertänderung in der Gewinn- und Verlustrechnung mit der Wertänderung des verbundenen Swaps verrechnet und erfasst wird. Finanzielle Vermögenswerte dieser Kategorie werden zum Erfüllungstag verbucht. Auf diese Kategorie entfallen als Vermögenswerte des Bereichs Banking gehaltene Schuldverschreibungen, die in vorangegangenen Jahren als Schuldtitel ausgewiesen wurden.

(c) Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte

Diese Kategorie umfasst Vermögenswerte, die definitiv keiner der anderen Kategorien angehören. Für die Bank handelt es sich dabei um ihre Aktienanlagen und den größten Teil des Portfolios der Finanzabteilung. Solche Vermögenswerte werden in der Bilanz zum Marktzeitwert bewertet. Der Standard lässt die einmalige Option zu, Veränderungen im Marktzeitwert dieser Vermögenswerte entweder in den Rücklagen oder in der Gewinn- und Verlustrechnung zu verbuchen. Die Bank hat beschlossen, Veränderungen im Marktzeitwert, wie unter „Veränderungen im Eigenkapital der Mitglieder“ ausgewiesen, in den Rücklagen zu erfassen, bis der finanzielle Vermögenswert verkauft, eingezogen oder anderweitig veräußert wird, oder bis die Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts festgestellt ist. Zu diesem Zeitpunkt wird der vorher in den Rücklagen verbuchte kumulative Gewinn oder Verlust in die Gewinn- und Verlustrechnung übernommen. Die Bank hat beschlossen, dies in den Rücklagen zu erfassen, da sie es für irreführend hält, kurzfristige Preisschwankungen von Vermögenswerten, die im allgemeinen mittel- bis langfristig gehalten werden sollen, sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen.

Ist ein zur Veräußerung verfügbarer Vermögenswert das besicherte Grundgeschäft in einer ordnungsgemäßen Absicherung des beizulegenden Zeitwertes (siehe „Bilanzierung von Sicherungsgeschäften“), wird der dem abzusichernden Risiko zuzuschreibende Zeitwertgewinn oder -verlust nicht in den Rücklagen, sondern in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Damit soll eine widerspruchsfreie Berichterstattung sichergestellt werden, da die Zeitwertveränderungen des als Sicherung fungierenden Derivats in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden müssen. Die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften spielt in den Positionen der Finanzabteilung eine Rolle, wo Swaps von Vermögenswerten eingesetzt werden, um die Renditen von festverzinslichen Wertpapieren auf eine zinsvariable Grundlage zu stellen.

Aktienanlagen

Die Grundlage des Zeitwerts für börsennotierte Aktienanlagen ist der notierte Schlussmarktkurs am Bilanzstichtag, abzüglich eines Abschlags, der erhoben wird, um die Illiquidität des Bankportfolios zu berücksichtigen. Die nicht börsennotierten Aktienanlagen der Bank werden zu Anschaffungskosten gehalten, weil es keinen aktiven Markt gibt, um den Zeitwert zu bestimmen, abzüglich etwaiger Rückstellungen für Wertminderung zum Bilanzstichtag. Ankäufe und Veräußerungen von Aktienanlagen werden am Handelstag verbucht. In Anmerkung 10 werden notierte und nicht notierte Aktienanlagen mit Angabe der Ankäufe und Veräußerungen untersucht.

Portfolio der Finanzabteilung

Der Marktzeitwert der Vermögenswerte im zur Veräußerung verfügbaren Portfolio der Finanzabteilung stützt sich auf von externen Maklern erhaltene Angebotsnotierungen. Zu dieser Kategorie gehören besicherte Platzierungen. Dieses sind Strukturen, in denen die mit dem Besitz eines Referenzvermögenswertes verbundenen Risiken und Vorteile durch die Nutzung eines Swapkontrakts auf eine andere Partei übertragen werden, wirtschaftlich sind sie eine Form besicherter Kreditvergabe. In vorangegangenen Jahren wurde diese Kategorie unter Platzierungen ausgewiesen. Die Vergleichsdaten für 2000 wurden nicht angepasst, um die beiden Kategorien im Einklang mit IAS 39 getrennt zu zeigen.

B Finanzielle Verbindlichkeiten

(a) Zu Handelszwecken gehaltene Verbindlichkeiten

Diese fallen an, wenn die Bank Schuldtitel verkauft hat, die sie noch nicht besitzt. Der Vorgang gilt als „Leerverkauf“ mit der Absicht, diese Titel zu einem späteren Zeitpunkt preiswerter zu kaufen und so einen Handelsgewinn zu erzielen. Derartige Verbindlichkeiten werden zum Marktzeitwert bewertet, und alle Wertveränderungen werden, wenn sie anfallen, in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

(b) Alle sonstigen finanziellen Verbindlichkeiten

Mit Ausnahme der zu Handelszwecken gehaltenen Verbindlichkeiten werden alle sonstigen Verbindlichkeiten zum Buchwert bewertet, wobei die Effektivrenditenmethode angewendet wird, es sei denn, sie sind Teil einer ordnungsgemäßen Sicherungsbeziehung mit einer Derivatposition (siehe „Bilanzierung von Sicherungsgeschäften“ unten).

C Derivate

Alle Derivate werden mit sofortiger Wirkung zum Zeitwert in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen, es sei denn, sie sind Teil einer ordnungsgemäßen Cash-flow-Sicherungsbeziehung (siehe „Bilanzierung von Sicherungsgeschäften“ unten). In diesem Fall wird der Marktzeitwert des Derivats, soweit es sich um eine vollkommene Besicherung des identifizierten Risikos handelt, in die Rücklagen aufgenommen. Sind Sicherungsbeziehungen teilweise unwirksam, verbleibt dieser Anteil des Zeitwerts in der Gewinn- und Verlustrechnung.

Bilanzierung von Sicherungsgeschäften

Die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften soll eine widerspruchsfreie buchhalterische Behandlung von Finanzinstrumenten zum Ergebnis haben, die anderweitig nicht zulässig wäre. Eine gültige Sicherungsbeziehung besteht dann, wenn eine spezifische Beziehung zwischen zwei oder mehr Finanzinstrumenten identifiziert werden kann, bei der die Wertänderung des einen, des „Sicherungsinstruments“, in hohem Grad negativ mit der Wertänderung des anderen, des „gesicherten Grundgeschäfts“ korreliert. Um die Kriterien für die Bilanzierung als Sicherungsgeschäft zu erfüllen, muss diese Korrelation in einem Grenzbereich von 80 bis 125 Prozent verbleiben.

Die Sicherungsaktivitäten der Bank zielen vor allem darauf, Zinsrisiken durch den Einsatz von Swaps zur Umwandlung von Festzinsrisiken für Vermögenswerte wie auch Verbindlichkeiten in variable Zinsrisiken abzufedern. Solche Sicherungen werden als „Absicherung des beizulegenden Zeitwertes“ bezeichnet. In solchen Fällen werden die Veränderungen des Zeitwerts des gesicherten Grundgeschäfts, die den zu besichernden Risiken zuzuschreiben sind, zusammen mit den Zeitwertveränderungen der Swaps in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

IAS 39 schreibt vor, dass Sicherungsbeziehungen mit einem einzelnen Vermögenswert oder einer einzelnen Verbindlichkeit (bzw. ähnlichen Gruppen von diesen) identifiziert werden müssen. Sicherungen von Nettorisiken zwischen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten („Makro“-Hedging) erfüllen nicht die Kriterien für eine Bilanzierung als Sicherungsgeschäft. Wie die meisten Finanzinstitutionen befasst sich die Bank aus Gründen von Kostenaufwand, Ausübung der Sorgfaltspflicht und Effizienz mit solchem Makro-Hedging. Weil diese Art von Sicherungen im Rahmen von IAS 39 jedoch nicht den Kriterien für eine Bilanzierung als Sicherungsgeschäft entspricht, können nur die Zeitwertveränderungen der Sicherungsderivate unmittelbar in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt werden, während hinsichtlich der Zeitwertveränderungen des gesicherten Grundgeschäfts, dem sie zugeordnet sind, keine derartige Anpassung vorgenommen wird. Die Zeitwertveränderungen, die aus den besicherten Nettopositionen entstehen, die andernfalls die Zeitwertveränderungen der Derivate großenteils aufwiegen würden, können nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden. Damit entsteht in der Gewinn- und Verlustrechnung eine neue Quelle der Volatilität. Vorausgesetzt allerdings, die Makrosicherungen sind wirtschaftlich effektiv, werden die kurzfristigen Gewinne und Verluste mit Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung mit der Zeit aufgehoben, da die Nettoerträge oder -aufwendungen aus den zugrundeliegenden Positionen in die Gewinn- und Verlustrechnung einfließen.

Weitere Informationen über Risiken und damit verbundene Managementgrundsätze sind in dem Abschnitt über Risiken im Kommentar zu den Finanzergebnissen zu finden.

Anpassung der Eröffnungsbilanz

Infolge der Übernahme von IAS 39 und im Einklang mit den Übergangsvorschriften dieses Standards hat die Bank die Wertpapiere des Anlagevermögens als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert. Als anfängliche Übergangsanpassung für den beizulegenden Zeitwert aller finanziellen Vermögenswerte wurden 218,4 Millionen Euro zu den einbehaltenen Erträgen hinzugefügt. Dies bezog sich in der Hauptsache auf den beizulegenden Zeitwert der börsennotierten Aktienanlagen der Bank.

iii Fremdwährungen

Gemäß Artikel 35 des Übereinkommens verwendete die Bank als Bilanzwährung im Jahresabschluss die Europäische Währungseinheit (Ecu). Nach der Ablösung des Ecu durch den Euro am 1. Januar 1999 wurde der Euro (€) die Bilanzwährung für den Jahresabschluss. Die Bewertungswährung ist ebenfalls der Euro, da dieser die Hauptwährung für die wirtschaftliche Tätigkeit innerhalb der Bank ist.

In ausländischen Währungen ausgewiesene monetäre Aktiva und Passiva werden zu den am 31. Dezember 2001 gültigen Kassakursen in Euro umgerechnet. Nichtmonetäre Posten werden zum Umrechnungskurs am Tag des Geschäftsvorfalles in Euro umgerechnet. Ertrags- und Aufwandsposten werden zu dem am Ende des Monats, in dem sie anfallen, gültigen Kurs in Euro umgerechnet. Das gilt jedoch nicht für die Aufwendungen in Pfund Sterling. Diese werden besichert und zum gewichteten mittleren Sicherungskurs umgerechnet.

iv Kapitalzeichnungen

Das Grundkapital der Bank ist in Euro denominated. Allerdings sind die Mitglieder außerdem berechtigt, ihre Kapitalverpflichtungen nicht nur in Euro, sondern auch in US-Dollar oder japanischen Yen zu begleichen. Aus diesem Grund wurde in Artikel 6 des Übereinkommens ein fester Wechselkurs für diese Währungen bestimmt, und diese Kurse werden zur Messung des damit verbundenen Kapitals verwendet, wie es im Eigenkapital der Mitglieder in der Bilanz erfasst wird. Dagegen werden für die Erfassung der entsprechenden Kapitalforderungen auf der Aktivseite der Bilanz aktuelle Wechselkurse genutzt. Die Differenz zwischen dem aktuellen Wert der Kapitalforderung und dem Übereinkommenswert wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Um sicherzustellen, dass Kapitaleingänge, die in US-Dollar oder japanischen Yen fällig sind, zumindest den in den festen Kursen des Übereinkommens bestimmten Wert beibehalten, ist es gängige Praxis der Bank, ihren Euro-Wert durch Währungssicherungskontrakte festzuschreiben. Diese Sicherungskontrakte werden gemäß IAS 39 entsprechend der Marktentwicklung bewertet, Gewinne und Verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

v Verbundene Unternehmen

Im Hinblick auf ihre Aktienanlagen hat die Bank die Bestimmungen in IAS 28 sowie in der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstitutionen geprüft und nutzt die Bestimmung in IAS 28, die der Bank – da sie keine konsolidierten Jahresabschlüsse vorlegt – gestattet, Anlagen in verbundenen Unternehmen zu Anschaffungskosten zu führen. Hält die Bank ab 20 Prozent eines Zielunternehmens, bemüht sie sich normalerweise nicht um einen nennenswerten Einfluss. Da sie keinen konsolidierten Jahresabschluss vorlegt, werden in Anmerkung 10 alle derartigen Aktienanlagen mit Angabe ihres Buchwerts und der Auswirkung auf Gewinn und Verlust zu Anschaffungskosten so ausgewiesen, als ob Eigenkapitalbilanzierungskriterien angewendet worden wären.

vi Rückstellungen für Verluste

Ist die Vereinnahmbarkeit bestimmter Darlehen und Kredite sowie künftiger Cash-flows aus bestimmten nicht notierten Aktienanlagen zweifelhaft, werden Sonderrückstellungen für Wertminderung, d. h. die Differenz zwischen dem Buchwert des Vermögenswerts und dem Kapitalwert der künftigen Cash-flows, in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Wird eine Sonderrückstellung für Wertminderung für eine notierte Aktienanlage vorgenommen, von der objektive Informationen über die Wertminderung verfügbar sind, werden alle Veränderungen im Zeitwert, die vorher in den Rücklagen erfasst wurden, aus den Rücklagen ausgebucht und in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Vermögenswerte werden mindestens jedes halbe Jahr durch die unabhängige Risikobewertungsstelle der Bank auf Wertminderung geprüft. Zu den sich daraus ergebenden Anpassungen können die Auflösung des Disagios in der Gewinn- und Verlustrechnung während der Laufzeit des Darlehens sowie alle Anpassungen, die in Verbindung mit der Neubewertung der ursprünglichen Wertminderung erforderlich sind, gehören.

Rückstellungen für die Wertminderung von Klassen ähnlicher Vermögenswerte, deren Wertminderung nicht einzeln feststellbar ist, werden für Darlehen, Kredite und nicht notierte Aktienanlagen auf Portfoliobasis berechnet. Die für die Bewertung solcher Wertminderungen angewandte Methode stützt sich für nichtstaatliche Vermögenswerte auf einen Risikobewertungsansatz, der am Ende des Monats der Auszahlung angewendet wird. Eine andere Methode kommt bei allen staatlichen Risikovermögenswerten zur Anwendung, die den der Bank von ihren Mitgliedern gewährten Status eines bevorzugten Gläubigers berücksichtigt. Der Effekt der Anwendung dieser Methode kommt der Berechnung der Wertminderung auf Portfoliobasis nahe und entspricht der Differenz zwischen dem Buchwert der Gruppen ähnlicher Vermögenswerte und dem Kapitalwert der von ihnen erwarteten künftigen Cash-flows.

Die festgestellte Wertminderung wird von den Aktivakategorien Darlehens- und Aktienanlagen abgezogen. Wertminderung von Garantien liegt vor, wenn sie wirksam wird und stützt sich auf Inanspruchnahme. Dabei kommt eine konsequent genutzte Methode zur Anwendung, die mit der für nichtstaatliche Risikovermögenswerte (siehe oben) übereinstimmt. Sie wird unter „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen.

Wertminderungen abzüglich aller während der Berichtsperiode ausgebuchten Beträge werden der Gewinn- und Verlustrechnung belastet, wie in Anmerkung 7 zusammengefasst. Wird ein Darlehen als uneinbringlich eingestuft oder besteht keine Aussicht auf die Werterholung einer Aktienanlage, wird der Kapitalbetrag gegen die verbundene geschätzte Wertminderung abgeschrieben. Spätere Werterholungen abgeschriebener Beträge werden der Gewinn- und Verlustrechnung gutgeschrieben.

vii Sachanlagen, Technik und Büroausstattung

Sachanlagen, Technik und Büroausstattung werden zu Anschaffungskosten abzüglich aufgelaufener Abschreibungen bewertet. Sie werden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer wie folgt linear abgeschrieben:

Grundbesitz: Null

Einbauten auf Pachtbesitz mit weniger als 50 Jahren Restlaufzeit: Restlaufzeiten
Technik und Büroausstattung: 1 Jahr.

viii Rechnungslegung für Pachten

Pachten auf Wirtschaftsgüter, bei denen die Bank im wesentlichen alle Genussrechte und Risiken eines Eigentümers übernimmt, werden als Finanzierungs-Leasings bezeichnet. Die Vermögenswerte werden behandelt, als ob der Leasingnehmer sie direkt erworben hätte, und zwar zu einem Wert, der dem geschätzten Wert der Grundpachtzahlungen während der Leasingfrist entspricht. Die entsprechenden Leasingzusagen werden als Passiva behandelt. Das Zinselement der Finanzierungskosten wird während der Dauer der Leasingfrist in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die im Rahmen dieser Leasingverträge erworbenen Wirtschaftsgüter werden gemäß Abschnitt (vii) oben kapitalisiert und abgeschrieben.

Pachten auf Wirtschaftsgüter, bei denen alle Risiken und Genussrechte eines Eigentümers effektiv beim Leasinggeber verbleiben, werden als kurzfristige Leasingverträge bezeichnet. Die Bank hat sowohl in London als auch in den Einsatzländern der Bank solche Verträge für die Mehrzahl ihrer Büroräumlichkeiten abgeschlossen. Zahlungen im Rahmen von kurzfristigen Leasingverträgen werden auf linearer Basis über die Dauer der Leasingfrist in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Wird ein kurzfristiger Leasingvertrag vor Ablauf der Leasingfrist beendet, werden alle dem Leasinggeber als Vertragsstrafe auszahlenden Zahlungen als Aufwendung innerhalb des Zeitraums, in dem die Vertragsauflösung stattfindet, ergebniswirksam verbucht.

ix Zinsen, Gebühren, Provisionen und Dividenden

Zinsen werden zeitanteilig abgegrenzt und als Ertrag vereinnahmt. Ist die Vereinbarkeit zweifelhaft, wird die Wertminderung, d. h. die Differenz zwischen dem Buchwert und dem aktuellen Nettowert der erwarteten künftigen Cash-flows, in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Vermögenswerte werden mindestens jedes halbe Jahr von der unabhängigen Risikomanagementstelle der Bank einzeln auf Wertminderung geprüft. Zu den sich daraus ergebenden Anpassungen können die Auflösung des Abschlags vom Gegenwartswert in der Gewinn- und Verlustrechnung während der Laufzeit des Darlehens sowie Anpassungen gehören, die in Verbindung mit der Neubewertung der anfänglichen Wertminderung erforderlich sind. Erträge aus Darlehen, deren Zinsen- und Gebührenzahlungen die Bank abgegrenzt oder kapitalisiert hat, können jedoch bei Eingang auf Basis der zugrundeliegenden Leistung des Projekts verbucht werden.

Pauschalgebühren werden nach Inkrafttreten des Darlehens vereinnahmt. Bereitstellungsgebühren und Gebühren für über einen Zeitraum erbrachte Leistungen werden während des Zeitraums vereinnahmt, in dem die Zusage besteht oder die Leistungen werden ab dem Zeitpunkt erbracht, an dem das Darlehen in Kraft tritt. Sonstige Gebühren und Provisionen werden bei Zahlungseingang ergebniswirksam verrechnet. Emissionsgebühren und Rückzahlungssagios oder -disagios werden bis zur Fälligkeit der jeweiligen Darlehen abgeschrieben.

Dividenden in Verbindung mit Aktienanlagen werden bei Eingang ergebniswirksam verbucht.

x Pensionsplan

Die Bank hat einen festgelegten Beitrags- und einen festgelegten Leistungsplan für die Altersversorgung praktisch aller Mitarbeiter. Im Rahmen des festgelegten Beitragsplans entrichten die Bank und der oder die Mitarbeiter(in) Beiträge, um eine Pauschalsumme bereitzustellen. Der festgelegte Leistungsplan wird insgesamt von der Bank finanziert, und die Leistungen hängen von den Dienstjahren und einem im Plan festgelegten Prozentsatz des letzten Bruttogrundgehalts ab.

Alle Beiträge zu den Plänen und alle anderen zum Zweck der Pläne gehaltenen Vermögenswerte und Einkünfte werden getrennt von allen anderen Aktiva der Bank gehalten. Geleistete Beiträge zu den festgelegten Beitragsplänen werden der Gewinn- und Verlustrechnung belastet und auf die unabhängigen Treuhänder der Pläne übertragen. Die Belastung der Gewinn- und Verlustrechnung hinsichtlich des festgelegten Leistungsplans basiert auf den laufenden Bearbeitungskosten und sonstigen versicherungsmathematischen Anpassungen nach dem Gutachten qualifizierter externer Fachleute. Diese Belastung enthält außerdem versicherungsmathematische Gewinne und Verluste jenseits der Bandbreite von 10 Prozent, die über die geschätzte mittlere Restarbeitszeit der Mitarbeiter der Bank abgeschrieben werden. Die 10-Prozent-Bandbreite ist der jeweils höhere Wert von 10 Prozent der definierten Leistungsverpflichtung oder des Marktwertes der Vermögenswerte. Außerdem beraten die Versicherungsmathematiker die Bank hinsichtlich der nach dem Plan für festgelegte Leistungen zu erbringenden Beiträge, die auf die unabhängigen Treuhänder der Pläne übertragen werden.

xi Besteuerung

Gemäß Artikel 53 des Übereinkommens sind die Bank, ihr Vermögen, ihr Eigentum und ihre Erträge im Rahmen ihrer offiziellen Geschäftstätigkeit von allen direkten Steuern und allen Abgaben und Steuern, die auf erworbene oder importierte Güter und Dienstleistungen erhoben werden, freigestellt. Davon ausgenommen sind solche Anteile von Steuern oder Abgaben, die Gebühren für öffentliche Versorgungsleistungen darstellen.

xii Staatliche Zuschüsse

Staatliche Zuschüsse für den Erwerb von Gegenständen des Anlagevermögens, die als Teil der ursprünglichen Errichtung der Bank zu betrachten sind, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung entsprechend über die Abschreibungszeiträume linear vereinnahmt. Sonstige Zuschüsse werden mit dem zuschussfähigen Aufwand bei dessen Anfall verrechnet. Noch nicht erfolgswirksam verrechnete Restbeträge erhaltener Zuschüsse oder Ansprüche hierauf werden in der Bilanz unter „Sonstige Passiva“ als abgegrenzte Erträge ausgewiesen.

3. Informationen zur Bilanzaufteilung

Geschäftssegmente

Zu Managementzwecken ist die Geschäftstätigkeit der Bank primär in Aktivitäten der Bereiche Banking und Finanzabteilung aufgeteilt. Bankingaktivitäten umfassen Investitionen in Projekte, die im Einklang mit dem Übereinkommen vorgenommen werden, um den Einsatzländern in ihrem Übergang zur Marktwirtschaft behilflich zu sein. Dabei werden die Prinzipien des soliden Bankgeschäfts zugrunde gelegt.

Die Hauptinvestitionsinstrumente sind Darlehen, Aktienanlagen und Garantien. Zu den Aktivitäten der Finanzabteilung gehören die Aufnahme von Fremdfinanzierungen, die Investition von überschüssigen Barmitteln, das Management der Wechselkurs- und Zinsänderungsrisiken der Bank und Kundenbetreuung in Angelegenheiten des Aktiva- und Passivmanagements.

Primäres Berichtsformat – Geschäftssegment:

	Banking 2001 000 Euro	Finanzabteilung 2001 000 Euro	Insgesamt 2001 000 Euro	Banking 2000 000 Euro	Finanzabteilung 2000 000 Euro	Insgesamt 2000 000 Euro
Zinserträge	429.539	470.832	900.371	415.805	575.730	991.535
Sonstige Erträge	148.882	26.343	175.225	224.230	21.685	245.915
Summe der Segmenteinkünfte	578.421	497.175	1.075.596	640.035	597.415	1.237.450
Abzüglich Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	(336.155)	(406.057)	(742.212)	(350.948)	(516.088)	(867.036)
Zuweisung von Kapitaleinkünften	151.282	16.809	168.091	133.932	14.881	148.813
Abzüglich allgemeiner Verwaltungsaufwendungen	(174.753)	(14.990)	(189.743)	(164.861)	(14.141)	(179.002)
Abzüglich Abschreibungen	(15.379)	(1.614)	(16.993)	(11.855)	(1.244)	(13.099)
Segmentergebnis vor Rückstellungen	203.416	91.323	294.739	246.303	80.823	327.126
Rückstellungen	(137.557)	–	(137.557)	(167.177)	(7.157)	(174.334)
Nettogewinn nach Rückstellungen	65.859	91.323	157.182	79.126	73.666	152.792
Segmentaktiva	8.111.665	11.333.910	19.445.575	6.591.157	12.958.036	19.549.193
Ausstehendes eingezahltes Kapital			1.501.718			1.740.817
Summe der Aktiva			20.947.293			21.290.010
Segmentpassiva	8.111.665	11.333.910	19.445.575	6.591.157	12.958.036	19.549.193
Ausstehendes Eigenkapital der Mitglieder			1.501.718			1.740.817
Summe der Passiva			20.947.293			21.290.010
Kapitalaufwendungen	20.811	2.185	22.996	9.940	1.044	10.984

Zinsen und ähnliche Aufwendungen und die Kapitalerträge oben ergeben insgesamt 574,1 Millionen Euro (2000: 718,2 Millionen Euro). Dies sind die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“.

Sekundäres Berichtsformat – geografisches Segment:

Die Geschäftstätigkeit des Bereichs Banking in den Einsatzländern wird zu internen Managementzwecken in drei Regionen eingeteilt.

	Segmenteinkünfte 2001 000 Euro	Segmenteinkünfte 2000 000 Euro	Segmentaktiva 2001 000 Euro	Segmentaktiva 2000 000 Euro
Fortgeschrittene Länder ¹	248.045	235.207	3.703.838	2.869.969
Frühe/Mittlere Länder ²	216.380	285.081	3.015.176	2.637.139
Russische Föderation	113.996	119.747	1.392.651	1.084.049
Insgesamt	578.421	640.035	8.111.665	6.591.157

¹ Fortgeschrittene Länder umfassen Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakische Republik, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn.

² Frühe/Mittlere Länder umfassen Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Georgien, die Bundesrepublik Jugoslawien, Kasachstan, Kirgisistan, die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien, Moldau, Rumänien, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan und Weißrussland.

Geografische Segmentzahlen in bezug auf die Geschäftstätigkeit des Bereichs Banking werden oben angegeben. Eine geografische Analyse der Tätigkeit der Finanzabteilung wird aufgrund des Gebrauchs derivativer Instrumente, durch die Einkünfte in andere Währungen und Umgebungen verschoben werden als die, aus denen die Aktiva stammen, nicht für nützlich erachtet. Die oben angegebenen Einkünfte nach geografischen Segmenten und die Einkünfte nach Geschäftssegmenten der Finanzabteilung ergeben zusammen Gesamt-segmenteinkünfte in Höhe von 1,1 Milliarden Euro.

4. Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen

Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen setzen sich in der Hauptsache wie folgt zusammen:

	2001 000 Euro	2000 000 Euro
Pauschalgebühren	17.101	9.685
Bereitstellungsgebühren	11.702	11.669
Garantiegebühren	2.594	770
Managementgebühren	2.411	3.434
Verwaltungsgebühren	2.251	967
Handelsfinanzierungsgebühren	2.195	2.496
Sonstige	596	358
Nettoerträge aus Gebühren und Provisionen	38.850	29.379

5. Nettogewinn aus Handels- und Devisengeschäften

	2001 000 Euro	2000 000 Euro
Zur Veräußerung verfügbarer Bestand	968	749
Handelsbestand	31.005	22.925
Devisengeschäfte	3.068	(1.989)
(Verluste) auf nicht als solche geltende Sicherungsgeschäfte	(8.698)	–
Nettogewinn aus Handels- und Devisengeschäften	26.343	21.685

Der Nettogewinn aus Wertpapiergeschäften stellt im Falle des Anlagebestands der Bank die realisierten Gewinne dar, die sich aus der Veräußerung von Schuldtiteln aus diesem Portfolio ergeben. Im Falle des Handelsbestands umfasst der Nettogewinn sowohl realisierte als auch unrealisierte Gewinne oder Verluste sowie damit verbundene Zinserträge und -aufwendungen. Der Verlust aus nicht zulässigen Sicherungsgeschäften zeigt die Veränderung im Zeitwert von nicht als Sicherungsgeschäfte qualifizierten Derivaten.

6. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

	2001 000 Euro	2000 000 Euro
Personalaufwand ¹	121.675	111.183
Gemeinkosten abzüglich staatlicher Zuschüsse ²	68.068	67.819
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen ³	189.743	179.002

¹ Die Durchschnittszahl der im Personalaufwand erfassten Mitarbeiter im Geschäftsjahr setzt sich zusammen aus 866 Festangestellten (2000: 848), 72 vertraglichen Mitarbeitern (davon 37 mit Sonderverträgen und 35 Praktikanten/kurzfristig Tätige), 249 örtlich in Ländervertretungen angestellten und 76 im Direktorium beschäftigten Mitarbeitern. Von den letzteren waren 46 Mitarbeiter extern finanziert.

Zum 31. Dezember 2001 waren beschäftigt: 894 Festangestellte (2000: 862), 77 vertragliche Mitarbeiter (davon 36 mit Sonderverträgen und 41 Praktikanten/kurzfristig Tätige), 259 örtlich in Ländervertretungen angestellte und 76 im Direktorium beschäftigte Mitarbeiter. Von den letzteren waren 53 Mitarbeiter extern finanziert.

Darüber hinaus waren 211 Projektmitarbeiter (2000: 206) bei den Regionalen Wagnisfonds und im Fonds für Kleinunternehmen in Russland in Verbindung mit Projekten in der Russischen Föderation beschäftigt.

Die Bank schloß Devisenkontrakte ab, um die Auswirkung möglicher Aufwertungen des Pfundes gegenüber dem Euro bei den zum Großteil in Pfund denominierten Aufwendungen zu minimieren, wenn diese für Berichtszwecke in Euro umgerechnet werden. Dies hatte zur Folge, dass die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen im Jahr 2001 um 11,8 Millionen Euro (2000: 15,0 Millionen Euro) vermindert wurden.

² Im Jahresverlauf wurden staatliche Zuschüsse von 2,1 Millionen Euro in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt (2000: 2,1 Millionen Euro).

³ Allgemeine Verwaltungsaufwendungen in Pfund Sterling beliefen sich auf insgesamt 126,1 Millionen (2000: 119,3 Millionen).

7. Zusammenfassung der Rückstellungen für Verluste

Zuführung zu Gewinnen und Verlusten	Darlehen 000 Euro	Aktienanlagen 000 Euro	Gesamte Darlehen und Aktienanlagen 000 Euro	Garantien und Sonstiges 000 Euro	Rückstel- lungen der Finanzabtg. 000 Euro	2001 Insgesamt 000 Euro	2000 Insgesamt 000 Euro
Portfoliorückstellung für die Wertminderung nicht definierter Vermögenswerte							
Nichtstaatliche Risikowerte	59.738	68.612	128.350	(1.626)	–	126.724	228.605
Staatliche Risikowerte	7.471	–	7.471	–	–	7.471	1.866
Garantien	–	–	–	2.218	–	2.218	14.305
Sonderrückstellungen für die Wertminderung definierter Vermögenswerte ¹	(52.081)	53.428	1.347	(203)	–	1.144	103.179
Ausstehende Zusagen	–	–	–	–	–	–	(173.621)
Für das am 31. Dezember 2001 abgelaufene Jahr	15.128	122.040	137.168	389	–	137.557	
Für das am 31. Dezember 2000 abgelaufene Jahr	6.530	151.763	158.293	8.884	7.157		174.334

¹ Im Jahr wurden neue Sonderrückstellungen für die Wertminderung definierter Vermögenswerte in Höhe von 132,0 Millionen Euro eingestellt, und 130,9 Millionen Euro wurden aufgelöst, was eine Nettobelastung von 1,1 Millionen Euro für die Gewinn- und Verlustrechnung ergab.

Veränderungen bei Rückstellungen							
Stand 1. Januar 2001	600.075	580.460	1.180.535	18.366	13.192	1.212.093	1.131.093
Rückstellungen	15.128	122.040	137.168	389	–	137.557	174.334
Auflösung des mit den Rückstellungen für die Wertminderung von definierten Vermögenswerten verbundenen Abschlags ¹	(5.737)	–	(5.737)	–	–	(5.737)	–
Währungsanpassungen	24.118	–	24.118	277	–	24.395	37.562
Eröffnungsanpassung in Verbindung mit IAS 39 ²	–	(61.104)	(61.104)	–	(13.192)	(74.296)	–
Auflösung gegenüber abgeschrieben Beträgen	(35.076)	(34.736)	(69.812)	–	–	(69.812)	(130.896)
Stand 31. Dezember	598.508	606.660	1.205.168	19.032	–	1.224.200	1.212.093

Aufgegliedert nach:

Portfoliorückstellung für die Wertminderung nicht definierter Vermögenswerte							
Nichtstaatliche Risikowerte	260.779	289.889	550.668	2.509	–	553.177	493.673
Staatliche Risikowerte	75.592	–	75.592	–	–	75.592	68.121
Sonderrückstellungen für die Wertminderung definierter Vermögenswerte	262.137	316.771	578.908	–	–	578.908	635.994
Abgezogen von Aktiva	598.508	606.660	1.205.168	2.509	–	1.207.677	1.197.788
Eingeschlossen unter sonstigen Verbindlichkeiten	–	–	–	16.523	–	16.523	14.305
Stand 31. Dezember	598.508	606.660	1.205.168	19.032	–	1.224.200	1.212.093

¹ Eingeschlossen in die Zinserträge aus Darlehen sind 5,7 Millionen Euro, die mit der Auflösung des Nettobarwertabschlags verbunden sind.

² Dies bezieht sich auf die Ausbuchung von Rückstellungen für finanzielle Vermögenswerte mit beizulegendem Zeitwert infolge der Einführung von IAS 39.

8. Schuldtitel

<i>Aufgegliedert nach Emittenten</i>	Buchwert 2001 000 Euro	Buchwert 2000 000 Euro
Länder	719.651	701.060
Körperschaften des öffentlichen Rechts	689.181	904.537
Sonstige Kreditnehmer	5.805.716	5.469.905
Stand 31. Dezember	7.214.548	7.075.502

Aufgegliedert nach Bestand

Zum Verkauf verfügbarer Bestand	5.861.808	5.208.121
Handelsbestand		
Intern verwaltete Fonds	814.715	1.190.365
Extern verwaltete Fonds	538.025	625.440
	1.352.740	1.815.805
Als Banking-Aktiva gehaltene Anleihen ¹	–	51.576
Stand 31. Dezember	7.214.548	7.075.502

¹ Die als Aktiva des Bereichs Banking gehaltenen Anleihen wurden infolge der Einführung von IAS 39 im Jahr 2001 als Darlehen umklassifiziert.

9. Sonstige Aktiva

	2001 000 Euro	2000 000 Euro
Zinsforderungen	166.461	382.853
Auf die Finanzabteilung bezogen	382.512	290.964
Sonstige	128.512	89.855
Stand 31. Dezember	677.485	763.672

10. Darlehen und Aktienanlagen

Auszahlungen im Umlauf	Darlehen 000 Euro	Nicht notierte Aktienanlagen 000 Euro	Notierte ¹ Aktienanlagen 000 Euro	Aktienanlagen insgesamt 000 Euro	Darlehen und Aktienanlagen insgesamt 000 Euro
Stand 1. Januar 2001	5.540.500	1.287.035	679.797	1.966.832	7.507.332
Anpassung nach IAS 39 ¹	70.650	–	236.495	236.495	307.145
Auszahlungen	2.611.879	409.240	6.842	416.082	3.027.961
Rückzahlungen, vorzeitige Tilgungen und Abgänge	(1.713.874)	(174.971)	(55.741)	(230.712)	(1.944.586)
Kursberichtigungen	238.990	–	–	–	238.990
Abschreibungen	(35.076)	(34.736)	–	(34.736)	(69.812)
Stand 31. Dezember 2001	6.713.069	1.486.568	867.393	2.353.961	9.067.030
Rückstellungen zum 31. Dezember 2001 ²	(601.017)	(502.417)	(104.243)	(606.660)	(1.207.677)
Gesamte Auszahlungen zum 31. Dezember 2001	6.112.052	984.151	763.150	1.747.301	7.859.353
Gesamte Auszahlungen zum 31. Dezember 2000	4.940.425	848.986	537.386	1.386.372	6.326.797

¹ Dazu gehören Anleihen des Bereichs Banking, die 2001 von Schuldtiteln in Darlehen umklassifiziert wurden, sowie die Neubewertung des notierten Aktienanlagenportfolios nach dem beizulegenden Zeitwert infolge der Einführung von IAS 39. Vergleichbare Angaben wurden nicht erneut ausgewiesen. IAS 39 erforderte außerdem die Rückbuchung der Portfoliorückstellungen für nicht identifizierte notierte Aktienanlagen (siehe Rückstellungszeile oben); eine Analyse ist in Anmerkung 7 zu finden. Die gesamten in Umlauf befindlichen Auszahlungen für notierte Aktienanlagen zum 31. Dezember 2000 umfassen allgemeine Rückstellungen unter Ausschluss der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert.

² Rückstellungen für Darlehen enthalten 2,5 Millionen Euro Anleihen des Bereichs Banking, die in Anmerkung 7 unter Garantien und Sonstigem klassifiziert sind.

Zum 31. Dezember 2001 klassifizierte die Bank 31 Darlehen im Gesamtwert von 327,4 Millionen Euro (2000: 32 Darlehen im Gesamtwert von 439,3 Millionen Euro) als notleidend. Sonderrückstellungen für diese Vermögenswerte beliefen sich auf 262,1 Millionen Euro (2000: 337,9 Millionen Euro). Zinsen in Höhe von etwa 21,4 Millionen Euro wurden infolge der geschätzten Wertminderung aus der Gewinn- und Verlustrechnung ausgeschlossen. Die Auflösung des gegenwärtigen Nettobarwertabschlags in Verbindung mit Rückstellungen für die Wertminderung bestimmter Vermögenswerte fügte den Einkünften in der Gewinn- und Verlustrechnung 5,7 Millionen Euro an Zinserträgen aus Darlehen hinzu.

Da die Bank keine Tochtergesellschaften hat, erstellt sie keine konsolidierten Abschlüsse. Sie weist alle nicht notierten Aktienanlagen zu Anschaffungskosten abzüglich Wertberichtigung für dauernde Wertminderung aus. Hätte die Bank das anteilige Reinvermögen für alle Investitionen bilanziert, in denen sie 20 Prozent oder mehr des Aktienkapitals des Zielunternehmens hält, deren in den Aktienanlagen in der Bilanz zum 31. Dezember 2001 enthaltener Buchwert rund 574,0 Millionen Euro betrug, beliefen sich die Nettoauswirkung in der Gewinn- und Verlustrechnung auf einen Gewinn in Höhe von rund 46,1 Millionen Euro (31. Dezember 2000: 585,0 Millionen Euro bzw. 17,2 Millionen Euro). Dies entspricht dem Anteil der Bank an den Nettogewinnen oder -verlusten aus den letzten geprüften Abschlüssen der Zielunternehmen. Der Anteil der Bank an einbehaltenen Gewinnen im Hinblick auf diese Zielunternehmen seit Ankauf wäre ein Gewinn von rund 264,4 Millionen Euro. Aufgrund der zeitlichen Verzögerung bei der Vorlage von in Übereinstimmung mit den International Reporting Standards ausgearbeiteten und geprüften Abschlüssen aller Zielunternehmen stützen sich diese Zahlen auf Gewinne oder Verluste des letzten 12-Monats-Zeitraums, für den diese Informationen vorliegen.

Nachfolgend sind alle Aktienanlagen in Unternehmen aufgelistet, in denen die Bank zum 31. Dezember 2001 Eigentümerin von mehr als 20 Prozent des investierten Kapitals war und in denen die Gesamtinvestition der Bank abzüglich Sonderrückstellungen für die Wertminderung bestimmter Vermögenswerte über 20 Millionen Euro hinausging. Anteile dieser Größenordnung werden in der Regel nur in der Erwartung einer späteren externen Beteiligung übernommen, sofern diese Möglichkeit besteht.

	Anteil in Prozent
Lafarge: Romcin	38
Danone MPF – Danone Industria LLC	30
Lafarge: Kujawy	22

11. Analyse der operativen Tätigkeit

Aufgliederung nach Ländern	Auszahlungen 2001 000 Euro	Auszahlungen 2000 000 Euro	Nicht in Anspruch genommene Zusagen 2001 000 Euro	Nicht in Anspruch genommene Zusagen 2000 000 Euro
Albanien	30.696	31.924	62.237	46.926
Armenien	74.205	74.666	26.997	29.724
Aserbaidshan	210.940	204.204	92.792	90.171
Bosnien und Herzegowina	73.604	57.133	113.090	79.903
Bulgarien	323.080	305.924	42.110	57.670
Estland	228.881	199.082	22.867	40.760
Georgien	115.456	89.481	70.418	85.502
Jugoslawien (Bundesrepublik)	6.566	–	225.815	–
Kasachstan	306.120	233.800	329.228	324.552
Kirgisistan	106.687	109.782	24.426	25.778
Kroatien	383.581	336.318	379.187	232.733
Lettland	112.292	95.534	48.669	68.576
Litauen	209.555	250.858	89.745	54.531
Mazedonien (Ehemalige Jugoslawische Republik)	114.587	94.377	74.214	88.122
Moldau	87.822	75.109	62.313	69.229
Polen	1.249.510	863.884	598.251	526.418
Rumänien	996.919	880.414	364.520	339.971
Russische Föderation	1.724.770	1.494.710	764.791	732.937
Slowakische Republik	382.649	206.613	83.990	35.628
Slowenien	202.981	200.879	11.190	22.322
Tadschikistan	11.255	10.972	22.790	2.786
Tschechische Republik	376.532	294.691	139.823	141.801
Turkmenistan	56.910	40.473	77.396	111.467
Ukraine	432.126	336.531	542.255	629.728
Ungarn	492.555	489.086	135.583	108.158
Usbekistan	300.017	255.443	233.938	217.526
Weißrussland	75.654	87.903	13.665	7.365
Regional	381.080	243.192	670.181	484.944
Stand 31. Dezember	9.067.030	7.562.983	5.322.481	4.655.228

Aufgliederung nach Instrumenten

Darlehen	6.652.604	5.540.500	4.008.212	3.527.185
Aktienanlagen	2.353.961	1.966.832	782.671	806.876
Schuldtitel	60.465	55.651	–	–
Garantien	–	–	531.598	321.167
Stand 31. Dezember	9.067.030	7.562.983	5.322.481	4.655.228

Aufgliederung nach Sektoren

Handel und Fremdenverkehr	213.194	222.636	111.949	72.016
Kommunal- und Sozialdienstleistungen	160.251	122.133	151.193	126.859
Energie/Elektrizitätserzeugung	1.042.309	847.324	1.499.977	1.393.283
Rohstoffindustrie	595.356	506.013	183.491	263.123
Finanzwesen	2.958.269	2.330.210	1.272.207	1.166.492
Verarbeitende Industrie	2.039.655	1.807.801	755.453	596.054
Primärindustrien	139.031	111.902	150.736	106.053
Telekommunikation	897.086	709.042	160.264	210.735
Verkehr und Bauwesen	1.021.879	905.922	1.037.211	720.613
Stand 31. Dezember	9.067.030	7.562.983	5.322.481	4.655.228

Anmerkung: Die Vergleichszahlen für 2000 wurden nicht neu bewertet, um die Neubewertung nach beizulegendem Zeitwert, der für notierte Aktienanlagen über den Anschaffungskosten liegt, zu berücksichtigen.

12. Sachanlagen, Technik und Büroausstattung

	Sachanlagen 000 Euro	Technik und Büroausstattung 000 Euro	Insgesamt 000 Euro
<i>Anschaffungskosten</i>			
Stand 1. Januar 2001	68.711	75.780	144.491
Zugänge	924	22.072	22.996
Abgänge	(2.134)	(1.061)	(3.195)
Stand 31. Dezember 2001	67.501	96.791	164.292
<i>Abschreibungen</i>			
Stand 1. Januar 2001	37.956	67.641	105.597
Belastungen	4.678	12.315	16.993
Abgänge	(2.111)	(1.061)	(3.172)
Stand 31. Dezember 2001	40.523	78.895	119.418
<i>Nettobuchwert</i>			
Stand 31. Dezember 2001	26.978	17.896	44.874
Stand 31. Dezember 2000	30.755	8.139	38.894

Bei im Rahmen von Finanzierungs-Leasings erworbenen Vermögenswerten gab es im Berichtsjahr keine Zugänge. Die entsprechenden Mindestzahlungen im Rahmen des Finanzierungs-Leasing belaufen sich auf 0,8 Millionen Euro, von denen 0,3 Millionen Euro innerhalb eines Jahres nach dem Bilanzstichtag und 0,5 Millionen nach einem Jahr, aber nicht später als 5 Jahre nach dem Bilanzstichtag, fällig sind. Diese zukünftigen Zahlungen werden unter „Sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen.

13. Verbriefte Schulden

Die nachstehende Aufstellung enthält eine Zusammenfassung der nicht getilgten verbrieften Schulden und dazugehörigen Swaps:

	Kapital- beträge zum Nennwert 000 Euro	Nicht abgegrenztes Agio 000 Euro	Angepasste Kapital- beträge 000 Euro	Forderungen/ (Verbindlichkeiten) aus Währungs- swaps 000 Euro	Anpassung nach Marktwert 000 Euro	Nettowährungs- verbind- lichkeiten 2001 000 Euro	Nettowährungs- verbind- lichkeiten 2000 000 Euro
Australische Dollar	785.357	–	785.357	(785.357)	–	–	–
Estnische Kronen	6.373	–	6.373	(6.373)	–	–	–
Euro	1.430.266	24.961	1.455.227	657.600	1.118.557	3.231.384	2.264.622
Goldbarren	667.192	–	667.192	(667.192)	–	–	–
Hongkong-Dollar	354.917	–	354.917	(354.917)	–	–	–
Japanische Yen	1.347.740	–	1.347.740	(906.521)	–	441.219	480.001
Kanadische Dollar	138.554	–	138.554	(138.554)	–	–	–
Koreanische Won	74.950	–	74.950	(74.950)	–	–	–
Neue Taiwan-Dollar	614.102	–	614.102	(614.102)	–	–	–
Pfund Sterling	3.165.064	–	3.165.064	(1.030.630)	–	2.134.434	1.869.621
Polnische Zloty	193.137	–	193.137	(193.137)	–	–	–
Russische Rubel	37.834	–	37.834	(23.601)	–	14.233	–
Singapur-Dollar	91.787	–	91.787	(91.787)	–	–	–
Slowakische Kronen	34.954	–	34.954	(34.954)	–	–	–
Südafrikanische Rand	368.691	–	368.691	(368.691)	–	–	–
Tschechische Kronen	113.396	–	113.396	(113.396)	–	–	–
Türkische Lire	121.571	17.100	138.671	(138.671)	–	–	–
Ungarische Forint	81.722	–	81.722	(73.988)	–	7.734	7.549
US-Dollar	3.136.145	2.965	3.139.110	4.959.221	–	8.098.331	8.999.868
Stand 31. Dezember	12.763.752	45.026	12.808.778	–	1.118.557	13.927.335	13.621.661

Im Berichtsjahr löste die Bank Anleihen und mittelfristige Schuldscheine im Wert von 184,2 Millionen Euro ein und erzielte damit einen Nettogewinn von 1,7 Millionen Euro.

14. Sonstige Verbindlichkeiten

	2001 000 Euro	2000 000 Euro
Zinsverbindlichkeiten	126.018	369.246
Verbindlichkeiten aus dem Wertpapiergeschäft	524.375	1.437.085
Sonstige	175.925	154.278
Stand 31. Dezember	826.318	1.960.609

15. Gezeichnetes Kapital

	Zahl der Anteile 2001	Insgesamt 2001 000 Euro	Zahl der Anteile 2000	Insgesamt 2000 000 Euro
Autorisiertes Stammkapital	2.000.000	20.000.000	2.000.000	20.000.000
<i>davon</i>				
Zeichnungen von Mitgliedern – Anfangskapital	991.975	9.919.750	991.975	9.919.750
Zeichnungen von Mitgliedern – Kapitalerhöhung	986.975	9.869.750	982.300	9.823.000
Teilsumme – gezeichnetes Kapital	1.978.950	19.789.500	1.974.275	19.742.750
Zuzuteilende Anteile	–	–	4.675	46.750
Nicht zugeteilte Anteile ¹	6.050	60.500	6.050	60.500
Autorisiertes und emittiertes Stammkapital	1.985.000	19.850.000	1.985.000	19.850.000
Noch nicht gezeichnet	15.000	150.000	15.000	150.000
Stand 31. Dezember	2.000.000	20.000.000	2.000.000	20.000.000

¹ Anteile, die neuen oder bestehenden Mitgliedern potenziell zur Verfügung stehen.

Im Jahr 2001 zeichnete die Bundesrepublik Jugoslawien die Kapitalerhöhung der Bank (4.675 Anteile), worauf sich das gezeichnete Kapital um 46,8 Millionen Euro erhöhte.

Das Stammkapital der Bank ist in eingezahlte und abrufbare Anteile unterteilt. Jeder Anteil hat einen Nennwert von 10.000 Euro. Zahlungen für die von den Mitgliedern gezeichneten eingezahlten Anteile werden über eine im voraus bestimmte Anzahl von Jahren vorgenommen. Artikel 6.4 des Übereinkommens sieht vor, dass Zahlungen des gezeichneten abrufbaren Kapitalbetrags unter Berücksichtigung der Artikel 17 und 42 des Übereinkommens nur abgerufen werden können, soweit und wenn die Bank zwecks Ablösung ihrer Verbindlichkeiten hierzu auffordert. Artikel 42.1 sieht vor, dass im Fall der Beendigung der Geschäftstätigkeit der Bank die Zahlungspflicht aller Mitglieder für alle nicht abgerufenen Zeichnungen des Stammkapitals so lange besteht, bis alle Forderungen der Gläubiger unter Einschluss aller Eventualforderungen eingelöst sind.

Gemäß Übereinkommen sollte die Einzahlung der eingezahlten Anteile des ursprünglichen Stammkapitals in fünf gleichen Jahresraten erfolgen. Bis zu 50 Prozent jeder Rate sollten in nicht übertragbaren unverzinslichen Schuldscheinen oder anderen von

diesem Mitglied begebenen und auf Verlangen zum Nennwert an die Bank zahlbaren Schuldtiteln eingezahlt werden. Gemäß Resolution Nr. 59 erfolgt die Zahlung für die von den Mitgliedern gezeichneten eingezahlten Anteile unter der Kapitalerhöhung in acht gleichen Jahresraten. Ein Mitglied kann bis zu 60 Prozent jeder Rate in nicht übertragbaren unverzinslichen Schuldscheinen oder anderen von diesem Mitglied begebenen und auf Verlangen zum Nennwert an die Bank zahlbaren Schuldtiteln zahlen. Das Direktorium einigte sich grundsätzlich auf Einlösungen in drei gleichen Jahresraten für Schuldscheine in Verbindung mit dem ursprünglichen Kapital und in fünf gleichen Jahresraten für Schuldscheine in Verbindung mit der Kapitalerhöhung.

Eine Aufstellung der Kapitalzeichnungen, die die von jedem Mitglied eingezahlten und abrufbaren Anteile ausweist, findet sich zusammen mit der Summe der nicht zugeteilten Anteile und Stimmrechte in der folgenden Tabelle. Gemäß Artikel 29 des Übereinkommens werden die Stimmrechte der Mitglieder, die einen Teil des fälligen Betrags für ihre Zeichnungsverpflichtungen nicht eingezahlt haben, anteilmäßig so lange vermindert, bis die Verpflichtung erfüllt ist.

Zusammenfassung des ausstehenden eingezahlten Kapitals:	2001 000 Euro	2000 000 Euro
Von Mitgliedern emittierte Schuldscheine:		
Einlösung noch nicht fällig	354.469	317.368
Einlösung fällig	9.090	6.420
Eingegangene Schuldscheine insgesamt	363.559	323.788
Eingezahltes gezeichnetes Kapital:		
noch nicht fällige Beträge	1.107.099	1.392.463
fällige, aber noch nicht eingegangene Beträge	31.060	24.566
Eingezahltes ausstehendes gezeichnetes Kapital insgesamt	1.138.159	1.417.029
Ausstehendes eingezahltes Kapital zum 31. Dezember	1.501.718	1.740.817

15. Gezeichnetes Kapital (Fortsetzung)

Aufstellung der Kapitalzeichnung

Stand 31. Dezember 2001

Mitglieder	Gesamt- anteile (Anzahl)	Resultierende Stimmen ¹ (Anzahl)	Gesamtes Kapital 000 Euro	Abrufbares Kapital 000 Euro	Eingezahltes Kapital ² 000 Euro
Mitglieder der Europäischen Union					
Belgien	45.600	45.600	456.000	336.300	119.700
Dänemark	24.000	24.000	240.000	177.000	63.000
Deutschland	170.350	170.350	1.703.500	1.256.335	447.165
Finnland	25.000	25.000	250.000	184.370	65.630
Frankreich	170.350	170.350	1.703.500	1.256.335	447.165
Griechenland	13.000	13.000	130.000	95.870	34.130
Irland	6.000	6.000	60.000	44.250	15.750
Italien	170.350	170.350	1.703.500	1.256.335	447.165
Luxemburg	4.000	4.000	40.000	29.500	10.500
Niederlande	49.600	49.600	496.000	365.800	130.200
Österreich	45.600	45.600	456.000	336.300	119.700
Portugal	8.400	8.400	84.000	61.950	22.050
Schweden	45.600	45.600	456.000	336.300	119.700
Spanien	68.000	62.220	680.000	501.500	178.500
Vereinigtes Königreich	170.350	170.350	1.703.500	1.256.335	447.165
Europäische Gemeinschaft	60.000	60.000	600.000	442.500	157.500
Europäische Investitionsbank	60.000	60.000	600.000	442.500	157.500
Weitere europäische Länder					
Island	2.000	2.000	20.000	14.750	5.250
Israel	13.000	13.000	130.000	95.870	34.130
Liechtenstein	400	388	4.000	2.950	1.050
Malta	200	200	2.000	1.470	530
Norwegen	25.000	25.000	250.000	184.370	65.630
Schweiz	45.600	45.600	456.000	336.300	119.700
Türkei	23.000	23.000	230.000	169.620	60.380
Zypern	2.000	2.000	20.000	14.750	5.250
Einsatzländer					
Albanien	2.000	1.592	20.000	14.750	5.250
Armenien	1.000	867	10.000	7.370	2.630
Aserbaidshan	2.000	989	20.000	14.750	5.250
Bosnien und Herzegowina	3.380	2.029	33.800	24.930	8.870
Bulgarien	15.800	15.800	158.000	116.520	41.480
Estland	2.000	2.000	20.000	14.750	5.250
Georgien	2.000	867	20.000	14.750	5.250
Jugoslawien (Bundesrepublik)	9.350	9.350	93.500	68.960	24.540
Kasachstan	4.600	4.600	46.000	33.920	12.080
Kirgisistan	2.000	1.167	20.000	14.750	5.250
Kroatien	7.292	7.292	72.920	53.780	19.140
Lettland	2.000	2.000	20.000	14.750	5.250
Litauen	2.000	2.000	20.000	14.750	5.250
Mazedonien (Ehemalige Jugoslawische Republik)	1.382	1.341	13.820	10.200	3.620
Moldau	2.000	1.433	20.000	14.750	5.250
Polen	25.600	25.600	256.000	188.800	67.200
Rumänien	9.600	9.600	96.000	70.800	25.200
Russische Föderation	80.000	80.000	800.000	590.000	210.000
Slowakische Republik	8.534	8.534	85.340	62.939	22.401
Slowenien	4.196	4.196	41.960	30.940	11.020
Tadschikistan	2.000	761	20.000	14.750	5.250
Tschechische Republik	17.066	17.066	170.660	125.861	44.799
Turkmenistan	200	178	2.000	1.470	530
Ukraine	16.000	14.880	160.000	118.000	42.000
Ungarn	15.800	15.800	158.000	116.520	41.480
Usbekistan	4.200	4.168	42.000	30.970	11.030
Weißrussland	4.000	4.000	40.000	29.500	10.500
Außereuropäische Länder					
Ägypten	2.000	1.750	20.000	14.750	5.250
Australien	20.000	20.000	200.000	147.500	52.500
Japan	170.350	170.350	1.703.500	1.256.335	447.165
Kanada	68.000	68.000	680.000	501.500	178.500
Republik Korea	20.000	20.000	200.000	147.500	52.500
Mexiko	3.000	3.000	30.000	21.000	9.000
Marokko	1.000	1.000	10.000	7.000	3.000
Mongolei	200	200	2.000	1.470	530
Neuseeland	1.000	1.000	10.000	7.000	3.000
Vereinigte Staaten von Amerika	200.000	200.000	2.000.000	1.475.000	525.000
Von Mitgliedern gezeichnetes Kapital	1.978.950	1.965.018	19.789.500	14.592.845	5.196.655
Nicht zugewiesene Anteile	6.050		60.500		
Autorisiertes und emittiertes Kapital	1.985.000		19.850.000		

¹ Stimmrechte werden wegen nicht erfolgter Zahlungen fälliger Beträge im Zusammenhang mit den Verpflichtungen des Mitglieds in Bezug auf eingezahlte Anteile eingeschränkt. Die Gesamtzahl der Stimmrechte unter Einschluss der eingeschränkten beträgt 1.978.950 (2000: 1.969.600).

² An eingezahltem Kapital gingen 4,1 Milliarden Euro ein (2000: 3,8 Milliarden Euro). 1,1 Milliarden Euro sind noch nicht fällig (2000: 1,4 Milliarden Euro). Diese Summe bezieht sich vor allem auf die Kapitalerhöhung und ist bis zum 15. April 2005 zahlbar.

16. Nettowährungsposition

	Euro 000 Euro	US-Dollar 000 Euro	Japanische Yen 000 Euro	Pfund Sterling 000 Euro	Sonstige Währungen 000 Euro	Insgesamt 000 Euro
Aktiva						
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	174.724	515.360	43.088	44.744	3.462	781.378
Besicherte Platzierungen	2.699.788	3.828	–	–	164.321	2.867.937
Schuldtitel	1.025.445	4.633.790	775.880	721.368	58.065	7.214.548
Sonstige Aktiva	112.567	400.962	23.496	72.350	68.110	677.485
Darlehen	1.944.544	3.976.882	9.694	–	180.932	6.112.052
Aktienanlagen	–	–	–	–	1.747.301	1.747.301
Sachanlagen, Technik, Büroausstattung	44.874	–	–	–	–	44.874
Fällige eingezahlte Anteile	841.993	506.287	153.438	–	–	1.501.718
Summe der Aktiva	6.843.935	10.037.109	1.005.596	838.462	2.222.191	20.947.293
Passiva						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(320.050)	(38.419)	(129.011)	(1.453)	(19.394)	(508.327)
Verbriefte Verbindlichkeiten	(2.573.783)	(3.139.111)	(1.347.740)	(3.165.064)	(3.701.637)	(13.927.335)
Sonstige Verbindlichkeiten	(323.401)	(299.889)	(15.885)	(121.572)	(65.571)	(826.318)
Summe der Passiva	(3.217.234)	(3.477.419)	(1.492.636)	(3.288.089)	(3.786.602)	(15.261.980)
Aktiva/(Passiva) netto	3.626.701	6.559.690	(487.040)	(2.449.627)	(1.564.411)	5.685.313
Bilanzunwirksame Instrumente	298.593	(6.554.065)	491.260	2.455.386	3.308.826	–
Währungsposition zum 31. Dezember 2001	3.925.294	5.625	4.220	5.759	1.744.415	5.685.313
Währungsposition zum 31. Dezember 2000	3.864.064	(7.960)	4.378	(920)	1.392.433	5.251.995

Zusätzlich zum Euro, der Geschäftswährung der Bank, sind die einzeln aufgeführten Währungen die, in denen die Bank in der Hauptsache Kredite aufnimmt (siehe Anmerkung 13) und die sie einem Wechselkursrisiko aussetzen. Unter „Sonstige Währungen“ zusammengefasste Positionen, die die Bank nach Wertberichtigungen für bilanzunwirksame Posten einem Wechselkursrisiko aussetzen, sind in der Hauptsache das Ergebnis der Währungsrisiken, die aufgrund von Aktienanlagen in Einsatzländern eingegangen wurden, in denen Währungssicherungsmöglichkeiten nicht ohne weiteres zur Verfügung standen.

17. Liquiditätslage

Die Liquiditätslage ist die Bemessungsgrundlage dafür, inwieweit die Bank unter Umständen gezwungen ist, Mittel aufzunehmen, um ihre mit Finanzierungsinstrumenten verbundenen Zusagen einzuhalten. Die Verpflichtung der Bank zur Beibehaltung einer starken Liquiditätsposition stützt sich auf Grundsätze, die ein Mindestliquiditätsverhältnis erfordern. Dieses Verhältnis gründet sich auf 45 Prozent ihrer Nettobarerfordernisse im Rahmen mehrerer Jahre für die nächsten drei Jahre mit voller Deckung aller zugesagten, aber nicht ausgezahlten Projektfinanzierungen, zusammen mit der Auflage, dass 40 Prozent der Nettoinvestitionen der Finanzabteilung eine Laufzeit von nicht mehr als einem Jahr haben dürfen. Diese Grundsätze werden dadurch umgesetzt, dass die Liquidität innerhalb eines Zielbereichs von 90 Prozent der Nettobarerfordernisse für die nächsten drei Jahre, also über der erforderlichen Mindesthöhe, gehalten wird.

Nachstehende Tabelle bietet eine Aufgliederung der Aktiva und Passiva und des Kapitals der Mitglieder nach relevanten Laufzeitkategorien, gestützt auf die Restlaufzeit vom Bilanzdatum bis zum vertraglichen Fälligkeitsdatum. Sie basiert auf einer äußerst vorsichtigen Berücksichtigung von Fälligkeitsdaten, wo Options- oder Rückzahlungsstrukturen vorzeitige Rückkäufe zulassen. Daher wird im Fall von Verbindlichkeiten das frühestmögliche Rückzahlungsdatum, bei Aktiva das spätestmögliche Rückzahlungsdatum ausgewiesen.

Aktiva und Passiva ohne vertragliche Fälligkeit werden unter der Kategorie „Laufzeit unbestimmt“ zusammengefasst.

	Bis zu einem Monat 000 Euro	Über einen Monat und bis zu 3 Monaten 000 Euro	Über 3 Monate und bis zu einem Jahr 000 Euro	Über ein Jahr und bis zu 5 Jahren 000 Euro	Über 5 Jahre 000 Euro	Laufzeit unbestimmt 000 Euro	Insgesamt 000 Euro
Aktiva							
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	620.919	100.624	29.869	–	29.966	–	781.378
Besicherte Platzierungen	3.828	2.699.788	164.321	–	–	–	2.867.937
Schuldtitel	419.081	157.701	587.529	2.479.248	3.570.989	–	7.214.548
Sonstige Aktiva	400.542	30.713	214.649	2.056	29.525	–	677.485
Darlehen	248.577	554.969	879.292	3.263.110	1.444.186	(278.082)	6.112.052
Aktienanlagen	–	–	–	–	–	1.747.301	1.747.301
Sachanlagen, Technik, Büroausstattung	–	–	–	–	–	44.874	44.874
Eingegangene Schuldscheine	–	–	141.292	212.231	946	9.090	363.559
Gezeichnetes, aber noch nicht fälliges eingezahltes Kapital	–	–	276.775	830.324	–	–	1.107.099
Fälliges eingezahltes Kapital	–	–	–	–	–	31.060	31.060
Summe der Aktiva	1.692.947	3.543.795	2.293.727	6.786.969	5.075.612	1.554.243	20.947.293
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(378.167)	(1.149)	–	–	(129.011)	–	(508.327)
Verbriefte Verbindlichkeiten	(948.432)	(461.932)	(1.707.840)	(4.792.474)	(6.016.657)	–	(13.927.335)
Sonstige Verbindlichkeiten	(200.766)	737.819	(137.557)	(90.347)	(94.008)	(1.041.459)	(826.318)
Eigenkapital der Mitglieder	–	–	–	–	–	(5.685.313)	(5.685.313)
Summe der Passiva und Eigenkapital der Mitglieder	(1.527.365)	274.738	(1.845.397)	(4.882.821)	(6.239.676)	(6.726.772)	(20.947.293)
Liquiditätsposition zum 31. Dezember 2001	165.582	3.818.533	448.330	1.904.148	(1.164.064)	(5.172.529)	–
Kumulative Liquiditätsposition zum 31. Dezember 2001	165.582	3.984.115	4.432.445	6.336.593	5.172.529	–	–
Kumulative Liquiditätsposition zum 31. Dezember 2000	2.347.195	3.279.051	3.256.815	5.065.916	5.008.946	–	–

18. Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko besagt, dass der Wert eines Finanzinstruments aufgrund von Veränderungen der Marktzinssätze schwankt. Der Zeitraum, für den der Zinssatz eines Finanzinstruments unverändert bleibt, ist ein Indikator dafür, wie lange es einem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt ist. Nachfolgende Tabelle bietet Informationen darüber, wie weit die Bank dem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt ist. Maßgebend ist

dabei entweder das vertragliche Fälligkeitsdatum der Finanzinstrumente oder bei Instrumenten, die vor Fälligkeit neu bewertet werden, die Zeit bis zur Zinsneufestsetzung. Von Wertpapieren des Handelsbestands der Bank wird angenommen, dass sie unter der Kategorie „Bis zu einem Monat“ neu bewertet werden.

Zinsneufestsetzungsfristen	Bis zu einem Monat 000 Euro	Über einen Monat und bis zu 3 Monaten 000 Euro	Über 3 Monate und bis zu einem Jahr 000 Euro	Über ein Jahr und bis zu 5 Jahren 000 Euro	Über 5 Jahre 000 Euro	Mittel ohne Zinserträge 000 Euro	Insgesamt 000 Euro
Aktiva							
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	620.919	100.624	29.869	–	29.966	–	781.378
Besicherte Platzierungen	3.828	2.699.788	164.321	–	–	–	2.867.937
Schuldtitel	2.801.726	1.962.762	754.660	1.000.577	694.823	–	7.214.548
Sonstige Aktiva	177.249	–	166.460	–	–	333.776	677.485
Darlehen	956.086	2.084.861	3.180.858	107.545	115.118	(332.416)	6.112.052
Nichtverzinsliche Aktiva einschließlich ausstehendes eingezahltes Kapital	–	–	–	–	–	3.293.893	3.293.893
Summe der Aktiva	4.559.808	6.848.035	4.296.168	1.108.122	839.907	3.295.253	20.947.293
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(378.167)	(1.149)	–	–	(129.011)	–	(508.327)
Verbriefte Verbindlichkeiten	(838.272)	(1.188.027)	(1.859.753)	(4.404.446)	(5.636.837)	–	(13.927.335)
Sonstige Verbindlichkeiten	(157.967)	–	(126.016)	(25.349)	(61.953)	(455.033)	(826.318)
Eigenkapital der Mitglieder	–	–	–	–	–	(5.685.313)	(5.685.313)
Summe der Passiva und Eigenkapital der Mitglieder	(1.374.406)	(1.189.176)	(1.985.769)	(4.429.795)	(5.827.801)	(6.140.346)	(20.947.293)
Nettovermögen	3.185.402	5.658.859	2.310.399	(3.321.673)	(4.987.894)	(2.845.093)	–
Derivative Finanzinstrumente	1.095.775	(3.259.856)	(4.844.626)	3.098.945	3.909.762	–	–
Zinsänderungsrisiko zum 31. Dezember 2001	4.281.177	2.399.003	(2.534.227)	(222.728)	(1.078.132)	(2.845.093)	–
Kumulatives Zinsänderungsrisiko zum 31. Dezember 2001	4.281.177	6.680.180	4.145.953	3.923.225	2.845.093	–	–
Kumulatives Zinsänderungsrisiko zum 31. Dezember 2000	4.319.722	5.888.337	3.243.127	3.243.127	3.243.127	–	–

Die Bemessung des Zinsänderungsrisikos der Bank wird durch allgemein übliche Markttechniken ergänzt, einschließlich Risikowerte (*Value-at-Risk/VaR*), Streuungsrisiko und Schwankungsrisiko, auf die sich die häufige Berichterstattung des Managements stützt. Zum 31. Dezember 2001, kalkuliert mit Bezug auf ein Verlässlichkeitsniveau von 99 Prozent über einen Zeitraum von 10 Handelstagen, betrug das VaR der Bank einschließlich extern verwalteter Investitionsprogramme 3,9 Millionen Euro (2000: 3,3 Millionen Euro).

19. Kreditbezogene Informationen über derivative Finanzinstrumente der Finanzabteilung

	2001 000 Euro	2000 000 Euro
Kreditderivate ¹	4.005.656	3.133.554
Vereinbarungen über Swaps und Optionen im Freiverkehr: ²		
vor Verrechnung/Sicherungsvereinbarungen	1.156.976	717.220
nach Verrechnung/Sicherungsvereinbarungen	298.668	103.140

¹ Diese Beträge entsprechen dem gesamten fiktiven Wert aller durch die Bank vereinbarten Kreditderivate, unter anderem für besicherte Platzierungen.

² Diese Beträge entsprechen den der Bank im Fall der Nichterfüllung durch die Gegenparteien entstehenden Wiederbeschaffungskosten bei denjenigen Swaps oder Freiverkehrsoptionen, die einen positiven Wert für die Bank haben.

Die Bank ist bei der Wahl ihrer Gegenparteien sehr vorsichtig und geht davon aus, dass Zahlungsunfähigkeit kein nennenswertes Risiko darstellt. Derivatgeschäfte insbesondere beschränken sich normalerweise auf Partner mit einem Rating von mindestens AA-, die eine Sicherheitsvereinbarung mit der Bank getroffen haben.

20. Durchschnittsbilanz

	000 Euro	Für das Jahr 2001 000 Euro	000 Euro	Für das Jahr 2000 000 Euro
Aktiva				
Platzierungen bei und Ausleihungen an Kreditinstitute(n)	2.397.501		2.001.071	
Besicherte Platzierungen	2.403.867		1.827.091	
Schuldtitel	7.364.961		7.324.032	
		12.166.329		11.152.194
Sonstige Aktiva		958.569		967.785
Darlehen und Aktienanlagen				
Darlehen	5.564.671		4.940.821	
Aktienanlagen	1.633.521		1.248.462	
		7.198.192		6.189.283
Sachanlagen, Technik und Büroausstattung		39.770		39.553
Ausstehendes eingezahltes Kapital		1.597.465		1.819.559
Summe der Aktiva		21.960.325		20.168.374
Passiva				
Aufgenommene Gelder				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	735.009		644.901	
Verbriefte Verbindlichkeiten	13.039.578		12.152.353	
		13.774.587		12.797.254
Sonstige Passiva		2.547.176		2.184.087
Gezeichnetes Kapital	19.793.908		19.700.676	
Abrufbares Kapital	(14.590.058)		(14.519.715)	
Eingezahltes Kapital		5.203.850		5.180.961
Rücklagen und Gewinn für das Jahr		434.712		6.072
Eigenkapital der Mitglieder		5.638.562		5.187.033
Summe der Verbindlichkeiten und Eigenkapital der Mitglieder		21.960.325		20.168.374
Bilanzvermerke				
Nicht abgerufene Zusagen		4.722.113		4.078.738

Die Durchschnittsbilanz stützt sich auf eine tägliche Errechnung des Mittelwerts.

21. Gültige Pachtverträge

Die Bank pachtet das Hauptsitzgebäude in London und bestimmte Bürogebäude in den Einsatzländern. Dabei handelt es sich um normale kurzfristige Pachtverträge mit Verlängerungsoptionen und periodischen Gleitklauseln; sie sind im normalen Geschäftsverlauf nicht ohne erhebliche Vertragsstrafen für die Bank kündbar. Der bedeutendste Pachtvertrag ist der für das Hauptsitzgebäude. Die unter den Bedingungen dieses Vertrags zu zahlende Miete wird alle fünf Jahre überprüft und basiert auf Marktpreisen. Eine solche Überprüfung wurde im März 2002 durchgeführt. Es besteht eine Kündigungsklausel, die in 2006 wirksam wird und der Bank gestattet, den Pachtvertrag zu beenden.

Die Bank hat für zwei Stockwerke des Hauptsitzgebäudes Vermietungsverträge abgeschlossen. Die Vertragsbedingungen entsprechen denen des Hauptpachtvertrages der Bank. Die gesamten künftig zu erwartenden Mindestmietzahlungseingänge im Rahmen dieser Vermietungsverträge betrugen zum 31. Dezember 2001 22,1 Millionen Euro (31. Dezember 2000: 17,4 Millionen Euro). Erträge aus Mietzahlungseingängen für das Jahr beliefen sich auf 4,2 Millionen Euro (31. Dezember 2000: 3,9 Millionen Euro).

Die zukünftigen Mindestpachtzahlungen im Rahmen langfristiger nicht kündbarer Pachtverträge sind nachfolgend dargestellt:

Zahlbar:	2001 000 Euro	2000 000 Euro
Innerhalb eines Jahres	34.858	26.536
In ein bis fünf Jahren	121.617	98.988
In mehr als fünf Jahren	–	17.321
Stand 31. Dezember	156.475	142.845

22. Pensionspläne für Mitarbeiter

Festgelegter Leistungsplan

Eine vollständige versicherungsmathematische Schätzung des festgelegten Pensionsplans wird alle drei Jahre von einem qualifizierten Versicherungssachverständigen unter Rückgriff auf Methoden zur Vorhersage der Kosten je Leistungseinheit durchgeführt. Für Zwecke der IAS 19 wird diese jährlich

fortgeschrieben. Die letzte Schätzung fand am 30. Juni 2001 statt. Der gegenwärtige Wert der Verpflichtungen und der derzeitigen Bearbeitungskosten im Rahmen des festgelegten Leistungsplans wurde unter Verwendung der projizierten Kosten je Leistungseinheit berechnet.

In der Bilanz werden folgende Beträge ausgewiesen:

	2001 000 Euro	2000 000 Euro
Marktwert der Planvermögen	73.174	81.095
Derzeitiger Wert der Verpflichtungen im Rahmen des festgelegten Leistungsplans	(69.332)	(57.286)
	3.842	23.809
Nicht ausgewiesene versicherungsmathematische Verluste ¹	25.683	1.610
Vorauszahlungen zum 31. Dezember	29.525	25.419

Veränderungen in der Vorauszahlung (ausgewiesen unter „Sonstige Aktiva“):

Stand 1. Januar	25.419	22.706
Währungsunterschiede	543	(120)
Eingegangene Beiträge	13.069	11.119
Gesamtaufwendungen wie unten	(9.506)	(8.286)
Stand 31. Dezember	29.525	25.419

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Beträge sind folgende:

Derzeitige Bearbeitungskosten	(11.180)	(9.778)
Zinsen	(3.957)	(3.712)
Erwartete Rendite der Aktiva	5.770	5.524
Abschreibung auf versicherungsmathematische Verluste	(139)	(320)
Insgesamt in Mitarbeiteraufwendungen eingeschlossen	(9.506)	(8.286)

¹ Diese nicht ausgewiesenen versicherungsmathematischen Verluste entsprechen der Differenz zwischen den versicherungsmathematischen Annahmen zu Beginn des Zeitraums und den Ist-Erfahrungen des Plans. Die beiden Hauptgründe für Differenzen sind Renditen, die niedriger sind als erwartet, und eine Abnahme des bei der Bewertung der Verbindlichkeiten des Plans angenommenen Diskontsatzes.

Hauptsächlich verwendete versicherungsmathematische Annahmen:

Diskontsatz	5,75 %	6,50 %
Erwartete Rendite auf Planvermögen	7,50 %	7,50 %
Zukünftige Gehaltserhöhungen	4,00 %	4,00 %
Mittlere erwartete Restarbeitsdauer der Mitarbeiter	15 Jahre	15 Jahre

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste außerhalb eines Korridors (10 Prozent des jeweils größeren Werts der Aktiva oder Passiva) werden über die verbleibende Restarbeitszeit von Mitarbeitern abgeschrieben.

Festgelegter Beitragsplan

Die im Rahmen des festgelegten Beitragsplans erfassten Pensionskosten betrugen 5,9 Millionen Euro (2000: 5,1 Millionen Euro) und werden unter „Allgemeine Verwaltungsaufwendungen“ ausgewiesen.

23. Sonstige Fondsabkommen

Neben der Geschäftstätigkeit der Bank und dem Sonderfondsprogramm verwaltet die Bank zahlreiche bilaterale und multilaterale Beihilfeabkommen zur Bereitstellung von technischer Hilfe und Investitionsunterstützung in den Einsatzländern. Bei diesen Abkommen stehen vor allem Projektvorbereitung und -durchführung (einschließlich Güter und Bauarbeiten), Beratungsdienste und Schulung im Mittelpunkt. Die im Rahmen dieser Fonds bereitgestellten Ressourcen werden getrennt von den ordentlichen Kapitalressourcen der Bank gehalten und unterliegen der externen Wirtschaftsprüfung.

Zum 31. Dezember 2001 verwaltete die Bank 74 Übereinkommen über Fonds für technische Zusammenarbeit (2000: 68) im Gesamtvolumen von 768,0 Millionen Euro (2000: 715,7 Millionen Euro). Dieser Betrag umfasst auch Mittel für das Tacis- und Phare-Programm der Europäischen Kommission im Rahmen der Bangkok-Fazilität in Höhe von 283,0 Millionen Euro. Von diesem zugesagten Betrag waren zum 31. Dezember 2001 insgesamt 648,7 Millionen Euro eingegangen. Die noch nicht zugesagten Mittel der Fonds betrugen zum 31. Dezember 2001 insgesamt 172,2 Millionen Euro. Darüber hinaus verwaltete die Bank 70 projektspezifische Abkommen der technischen Zusammenarbeit im Gesamtvolumen von 40,0 Millionen Euro.

Außerdem verwaltete die Bank im Jahresverlauf zehn Investmentfonds-Kooperationsvereinbarungen im Gesamtvolumen von 58,9 Millionen Euro und zwei EU-Beitrittsvorbereitungsfonds im Gesamtvolumen von 34,9 Millionen Euro spezifisch für Kofinanzierungen von Projekten der EBWE.

Aufgrund eines Vorschlags der G7-Länder, ein multilaterales Aktionsprogramm zur Verbesserung der Sicherheit in Kernkraftwerken in den Einsatzländern der Bank zu initiieren, wurde im März 1993 das Reaktorsicherheitskonto („RSK“) von der Bank eingerichtet. Die Mittel des RSK werden in Form von Zuschüssen bereitgestellt und für Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Reaktorsicherheit verwendet. Zum 31. Dezember 2001 waren auf der Grundlage der in den Richtlinien des RSK vorgegebenen festen Wechselkurse Zusicherungen von 15 Beitragszahlern im Gesamtvolumen von 260,6 Millionen Euro eingegangen.

Die G7-Länder und die Europäische Union bewilligten anlässlich ihres Gipfeltreffens in Denver im Juni 1997 die Einrichtung des Tschernobyl-Sarkophag-Fonds („TSF“). Der TSF wurde nach Annahme der Satzung durch das Direktorium am 7. November 1997 errichtet und trat am 8. Dezember 1997 in Kraft, nachdem die erforderlichen acht Beitragspartner Beitragsabkommen mit der Bank abgeschlossen hatten. Ziel des Fonds ist es, der Ukraine bei der Umwandlung des gegenwärtig vorhandenen Tschernobyl-Sarkophags in ein sicheres und umweltstabilisiertes System beizustehen. Zum 31. Dezember 2001 waren unter Anwendung der in den Vorschriften des TSF festgelegten festen Wechselkurse von 22 Beitragszahlern Zusageerklärungen im Gesamtvolumen von 523,9 Millionen Euro eingegangen.

Im Zuge ihrer Beitrittsbestrebungen zur Europäischen Union übernahmen 1999 drei mitteleuropäische Länder, nämlich Litauen, Bulgarien und die Slowakische Republik die bindende Verpflichtung, die Reaktorblöcke vom Typ RBMK und WWER-440/230 bis zu bestimmten Terminen abzuschalten und stillzulegen. Daraufhin erklärte die Europäische Kommission ihre Absicht, die Stilllegung dieser Reaktoren innerhalb eines Zeitraums von acht bis zehn Jahren durch beträchtliche Zuschüsse zu unterstützen, und forderte die Bank auf, drei Internationale Unterstützungsfonds für die Stilllegung (International Decommissioning Support Funds/IDSF) zu verwalten. Am 12. Juni 2000 bewilligte das Direktorium die Statuten der IDSF für Ignalina, Kosloduj und Bohunice und stimmte der Rolle der Bank als Verwalter dieser Fonds zu. Die Fonds finanzieren ausgewählte Projekte zur Unterstützung der ersten Phase der Stilllegung der designierten Reaktoren. Außerdem geht es um Finanzierungsmaßnahmen zur Förderung der erforderlichen Restrukturierung, Verbesserung und Modernisierung der Energieerzeugung, -übertragung und -verteilung sowie Verbesserungen der Energiewirksamkeit, die der Beschluss zur Stilllegung nach sich zieht. Zum 31. Dezember 2001 hatten 15 Beitragszahler dem IDSF Ignalina Zusagen bis zu einer Höhe von insgesamt 145,8 Millionen Euro, neun Beitragszahler dem IDSF Kosloduj bis zu einer Höhe von insgesamt 96,3 Millionen Euro und sechs Beitragszahler dem IDSF Bohunice bis zu einer Höhe von insgesamt 116,3 Millionen Euro erteilt. Dabei wurden die im Rahmen der Fondsstatuten festgelegten festen Wechselkurse verwendet.

24. Geschäftsvorfälle nach der Erstellung der Bilanz

Nach der Erstellung der Bilanz gab es keine wesentlichen Vorfälle, die angegeben werden müssten oder Anpassungen des vorliegenden Jahresabschlusses erfordern würden. Am 12. März 2002 überprüfte das Direktorium den Jahresabschluss und gab ihn zur Herausgabe frei. Der Jahresabschluss wird der Jahrestagung des Gouverneursrats am 20. Mai 2002 zur Bewilligung vorgelegt.

Zusammenfassung der Sonderfonds

Sonderfonds werden im Einklang mit Artikel 18 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank eingerichtet und unter anderem im Rahmen der vom Direktorium der Bank bewilligten Bestimmungen verwaltet. Zum 31. Dezember 2001 verwaltete die Bank 11 Sonderfonds: acht Sonderfonds für Investitionen und drei Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit. Die folgenden Tabellen enthalten eine Zusammenfassung von Auszügen aus den Jahresabschlüssen der Sonderfonds sowie eine Zusammenfassung der von Geberländern zugesagten Beiträge. Die Jahresabschlüsse für die jeweiligen Sonderfonds wurden gesondert geprüft. Die geprüften Jahresabschlüsse sind auf Anfrage bei der Bank erhältlich.

Die Sonderfonds haben die folgenden Ziele:

Sonderfonds für Investitionen im Ostseeraum und Sonderfonds für Technische Hilfe im Ostseeraum

Förderung der Entwicklung des Privatsektors durch die Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen in Estland, Lettland und Litauen.

Sonderfonds für Investitionen in Kleinunternehmen in Russland und Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Russland

Förderung der Entwicklung von Kleinunternehmen im Privatsektor in der Russischen Föderation.

Sonderfonds für Investitionen in Mikrounternehmen in Moldau

Förderung der Entwicklung von Mikrounternehmen durch Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen in der Republik Moldau.

Sonderfonds für Investitionen zur Unterstützung von Finanzintermediären

Unterstützung von Finanzintermediären in den Einsatzländern der Bank.

Italienischer Sonderfonds für Investitionen

Förderung der Modernisierung, Restrukturierung, Erweiterung und Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen in bestimmten Einsatzländern der Bank.

Sonderfonds für die Finanzierung von KMU

Erleichterung der Finanzierungsprobleme kleiner und mittlerer Unternehmen in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, der Slowakischen Republik, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn.

Sonderfonds für die Balkanregion

Hilfeleistungen beim Wiederaufbau von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, der Bundesrepublik Jugoslawien, Kroatien, der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien und Rumänien.

Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit

Fazilität für die Finanzierung von Projekten der technischen Zusammenarbeit in Einsatzländern der Bank.

Sonderfonds der EBWE für KMU

Förderung der Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, der Bundesrepublik Jugoslawien, Kroatien, der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien und Rumänien.

Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2001 zu Ende gegangene Geschäftsjahr

Betriebsgewinn/(-verlust) vor Rückstellungen (Belastung)/Auflösung von Rückstellungen für Verluste	224 (697)	4.013 (717)	189 231	522 (181)	1.047 (557)	(5.098) (91)	233 –	(2.394) –	(1.264) (2.012)
Gewinn/(Verlust) für das Geschäftsjahr	(473)	3.296	420	341	490	(5.189)	233	(2.394)	(3.276)

Auszug aus der Bilanz zum 31. Dezember 2001

Darlehen	10.667 (351)	33.359 (3.566)	–	1.134 (153)	3.027 (392)	–	–	–	48.187 (4.462)
Rückstellungen für Verluste	10.316	29.793	–	981	2.635	–	–	–	43.725
Aktivanlagen	9.135 (2.262)	3.750 (1.875)	–	2.616 (620)	1.956 (619)	1.475 (153)	–	–	18.932 (5.529)
Rückstellungen für Verluste	6.873	1.875	–	1.996	1.337	1.322	–	–	13.403
Platzierungen und sonstige Aktiva	24.180	21.150	2.406	4.621	12.060	2.870	14.546	20.361	102.194
Noch nicht eingegangene Einlagen	–	–	–	9.037	–	70.000	1.130	–	80.167
Summe der Aktiva	41.369	52.818	2.406	16.635	16.032	74.192	15.676	20.361	239.489

Sonstige Verbindlichkeiten

und Rückstellungen für Verluste	7	11.972	6	19	7	–	32	38	12.081
Einlagen	41.500	59.351	1.261	15.506	13.435	80.000	15.615	22.955	249.623
Rücklagen und Gewinn/(Verlust) für das Geschäftsjahr	(138)	(18.505)	1.139	1.110	2.590	(5.808)	29	(2.632)	(22.215)
Summe der Passiva	41.369	52.818	2.406	16.635	16.032	74.192	15.676	20.361	239.489
Nicht in Anspruch genommene Zusagen und Garantien	7.000	75.040	–	1.121	882	30.336	10.949	9.297	134.625

Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit

Auszug aus der Kapitalflussrechnung des
Fonds und Bilanz für das am 31. Dezember 2001
zu Ende gegangene Geschäftsjahr

	Sonderfonds für technische Hilfe im Ostseeraum 000 Euro	Sonderfonds für Technische Zusammenarbeit mit Kleinunternehmen in Russland 000 Euro	Sonderfonds der EBWE für Technische Zusammenarbeit 000 Euro	Sonderfonds für technische Zusammenarbeit insgesamt 000 Euro
Bilanzvortrag	5.764	13.055	195	19.014
Eingegangene Einlagen	1.680	–	–	1.680
Zinsen und sonstige Erträge	202	3.597	7	3.806
Auszahlungen	(2.764)	(7.095)	(108)	(9.967)
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(92)	(3)	(7)	(102)
Fondsvermögen	4.790	9.554	87	14.431
Kumulative bewilligte Zusagen	22.224	62.847	879	85.950
Kumulative Auszahlungen	(18.022)	(58.675)	(794)	(77.491)
Eingesetztes Fondsvermögen	4.202	4.172	85	8.459
Nicht eingesetztes Fondsvermögen	588	5.382	2	5.972
Fondsvermögen	4.790	9.554	87	14.431

Von Geberländern zugesagte Beiträge zu den Sonderfonds

	Sonder- fonds für Investitionen im Ostseeraum 000 Euro	Sonder- fonds für Kleinunter- nehmen in Russland 000 Euro	Sonder- fonds für Investi- tionen in Mikrount- ernehmen in Moldau 000 Euro	Sonder- fonds für Investitionen zur Unter- stützung von Finanzinter- mediären 000 Euro	Italienischer Sonder- fonds für Investitionen 000 Euro	Sonder- fonds für die Balkanregion 000 Euro	Sonder- fonds der EBWE für KMU 000 Euro	Sonder- fonds für Technische Hilfe im Ostseeraum 000 Euro	Sonder- fonds der EBWE für Technische Zusammen- arbeit 000 Euro	Sonderfonds- insgesamt 000 Euro
Dänemark	8.940	–	–	–	–	750	–	1.450	–	11.140
Deutschland	–	9.843	–	–	–	2.250	–	–	–	15.118
Europäische Gemeinschaft	–	–	–	–	80.000	–	–	–	–	80.000
Finnland	8.629	–	–	–	–	–	–	1.411	–	10.040
Frankreich	–	7.686	–	–	–	–	–	–	–	12.666
Island	427	–	–	–	–	–	–	69	–	496
Italien	–	8.401	–	–	–	–	–	–	–	23.196
Japan	–	21.162	–	–	–	–	–	–	–	24.457
Kanada	–	2.707	–	–	–	–	–	–	–	8.488
Niederlande	–	–	–	–	–	–	–	–	–	4.000
Norwegen	7.732	–	–	–	–	1.472	–	–	–	10.133
Österreich	–	–	–	–	–	4.000	–	–	–	276
Schweden	15.772	–	–	–	–	1.145	–	1.256	–	18.336
Schweiz	–	2.360	–	–	–	276	–	–	–	8.617
Taipei-China	–	–	1.261	655	–	3.097	–	2.564	–	14.609
Vereinigtes Königreich	–	–	–	13.114	–	1.495	–	–	–	13.071
Vereinigigte Staaten von Amerika	–	–	–	–	–	–	–	–	–	56.561
		7.192	–	1.737	–	–	22.955	–	24.677	–
Insgesamt zum 31. Dezember 2001	41.500	59.351	1.261	15.506	13.435	14.485	22.955	6.750	55.714	311.204

Bericht der unabhängigen Wirtschaftsprüfer an die Gouverneure der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Wir haben den Jahresabschluss der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung für das am 31. Dezember 2001 abgelaufene Geschäftsjahr mit der Gewinn- und Verlustrechnung, der Bilanz, der Kapitalflussrechnung, dem Ausweis der Veränderungen im Eigenkapital der Mitglieder sowie den dazu gehörigen Anmerkungen 1 bis 24 und der Zusammenfassung der Sonderfonds geprüft. Die Aufstellung dieses Jahresabschlusses erfolgte im Rahmen der in demselben dargelegten Rechnungslegungsgrundsätze mit dem Ziel, dem Gouverneursrat, wie in Artikel 27 des Übereinkommens zur Errichtung der Bank und Abschnitt 13 der Satzung vorgesehen, einen genehmigten und geprüften Jahresabschluss vorzulegen.

Zuständigkeitsbereiche der Geschäftsführung und der Wirtschaftsprüfer

Die Geschäftsführung ist für die Aufstellung des Jahresabschlusses in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards zuständig. Unsere Aufgabe besteht darin, diesen Jahresabschluss in Übereinstimmung mit den einschlägigen Regeln und Vorschriften der Regulierungsbehörden und den Internationalen Rechnungslegungsstandards zu prüfen.

Wir erteilen ein Testat darüber, ob die Darstellung des Jahresabschlusses in allen wesentlichen Belangen den Anforderungen genügt.

Wir lesen weitere zusammen mit dem Jahresabschluss veröffentlichte Informationen und prüfen, ob diese mit dem Abschluss vereinbar sind. Diese weiteren Informationen umfassen lediglich den Kommentar zu den Finanzergebnissen. Falls wir offensichtliche Fehler oder wesentliche Diskrepanzen zum Jahresabschluss feststellen, berücksichtigen wir die Auswirkungen in unserem Bericht. Unsere Verantwortung erstreckt sich nicht auf andere Informationen.

Grundlage des Testats

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Internationalen Rechnungslegungsstandards durchgeführt. Eine Prüfung umfasst die stichprobenweise Prüfung von Belegen zu den Beträgen und Angaben im Jahresabschluss. Außerdem beinhaltet sie eine Bewertung der bei der Aufstellung des Abschlusses von der Geschäftsführung vorgenommenen wesentlichen Schätzungen und Beurteilungen sowie der Frage, ob die Rechnungslegungsgrundsätze den Verhältnissen der Bank entsprechen und ob sie durchgängig angewandt und angemessen dargestellt werden.

Die von uns durchgeführte Abschlussprüfung war darauf angelegt, alle von uns für notwendig erachteten Informationen und Erklärungen zu erhalten, die uns ausreichende Nachweise an die Hand geben, mit entsprechender Sicherheit festzustellen, dass der Jahresabschluss keine wesentlichen Fehler enthält, sei es aufgrund von Betrug, sonstiger Unregelmäßigkeiten oder Irrtümern. Bei der Formulierung unseres Testats bewerteten wir außerdem die allgemeine Adäquatheit der Darstellung von Informationen im Jahresabschluss.

Testat

Nach unserer Auffassung vermittelt der Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage der Bank zum 31. Dezember 2001 und ihrer Ergebnisse für das zu diesem Zeitpunkt abgelaufene Geschäftsjahr. Er wurde unter Beachtung der vom International Accounting Standards Board ausgearbeiteten International Financial Reporting Standards sowie der allgemeinen Vorgaben der Richtlinie des Rats der Europäischen Gemeinschaft über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten ordnungsgemäß ausgearbeitet.

Arthur Andersen, Wirtschaftsprüfer

London, 12. März 2002

Veröffentlichung der
Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Zusammenstellung und Redaktion: Gruppe Publikationen, Kommunikationsabteilung.
Deutsche, französische und russische Übersetzung: Übersetzungsabteilung Entwurf
und Produktion: Gruppe Design.

Gedruckt von Ventura Litho Limited in England unter Berücksichtigung
von Recycling-Programmen für Druckereiabfälle und Altpapier.



Umschlag und Innenteil aus umweltbewusst produziertem Papier hergestellt.
Ikono Matt trägt das Umweltgütezeichen Nordic Swan und erzeugt beim
Drucken niedrige Emissionen.

ref: 5250

Umschlag: Basar in Almaty, Kasachstan
Foto: Mark Wadlow

**Europäische Bank für
Wiederaufbau und Entwicklung**

One Exchange Square
London EC2A 2JN
Vereinigtes Königreich

Zentralvermittlung

Tel: +44 20 7338 6000
Fax: +44 20 7338 6100
Telex: 8812161 EBRD L G
SWIFT: EBRDGB2L

Website

www.ebrd.com

Anforderungen von Veröffentlichungen

Tel: +44 20 7338 7553
Fax: +44 20 7338 6102
E-mail: pubsdesk@ebrd.com

Allgemeine Anfragen zur EBWE

Tel: +44 20 7338 6372
E-mail: generalenquiries@ebrd.com

Neue Projektvorschläge

Tel: +44 20 7338 7168
Fax: +44 20 7338 7380
E-mail: newbusiness@ebrd.com

Anfragen zu laufenden Projekten

Tel: +44 20 7338 6282
Fax: +44 20 7338 6102
E-mail: projectenquiries@ebrd.com